

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: halbjährlich 2,50 Mk., monatlich 1,50 Mk., wöchentlich 30 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnementspreis 30 Pf. pro Monat. Eintragungen in die Post-Bestellungsliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Annoncenzeile oder deren Raum 60 Pf., für politische und gewerbliche Vereins- und Berichtigungsbüchlein 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Honorar 20 Pf. (zweiwöchentlich 10 Pf.). Stellenangebote und Schulstellenangeboten das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Honorar für 15 Stunden gelten für zwei Monate. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Telegraphisch: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 10. August 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Telegraphisch: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Das Debut des Nationalausschusses.

Der Nationalausschuss, dem die Presse der Rechten offizielle Beziehungen nachsagt, hat am 1. August in drei Dutzend Versammlungen im ganzen Deutschen Reich zum erstenmal seine Fahne entrollt. Man durfte gespannt sein, was die Redner der neuen Organisation für die Vorbereitung eines „ehrenvollen Friedens“ der Öffentlichkeit zu sagen haben würden. Nun hat indessen eine allgemeine Enttäuschung erlebt. Denn die Redner haben zwar manches wiederholt, was längst, insonderheit aus den Kanzlerreden bekannt war, sich aber peinlichst davor gehütet, etwas Konkretes, Fassbares, Positives zu sagen. Der dicke Nebel, der über den erstgemeinten Kriegszielen der amtlichen Stellen lagert, ist nicht im mindesten zerstreut worden. Das deutsche Volk tappt nach wie vor im Dunkeln und auch das Ausland ist um kein Haar klüger geworden. Wenn in solchen Redebungen die so vielversprechend angekündigte Tätigkeit des Nationalausschusses bestehen sollte, so hätte er sich seine Mühe ruhig sparen können. Der vieldeutigen Redewendungen, unter denen jeder das verstehen kann, was ihm paßt, haben wir genug gehört; was uns not tut, ist Klärung der öffentlichen Meinung über das, was durch den Krieg in Wirklichkeit erreicht werden soll. Nach zwei Kriegsjahren mit ihren unermesslichen Opfern an physischer und materieller Volkskraft sollte man doch wohl endlich eine nüchterne Aussprache dessen erwarten dürfen, was wünschbar und erreichbar ist. Solange das nicht geschieht, sind alle rhetorischen Exerzitien überflüssig, ja vom Uebel.

Daß die Versammlungen des Nationalausschusses diesen Charakter der Unklarheit, Verschwiegenheit, ja der offensten Widersprüche tragen würden, ergab sich für den einigermaßen Kundigen freilich schon aus der Durchsicht der Rednerliste. Jeneindeine auch nur einigermaßen einheitliche programmatische Geschlossenheit der Auffassung war von vornherein ausgeschlossen. Neben einigen Sozialdemokraten, die der Hauch des Sozialimperialismus unwittert, neben fortschrittlichen und Zentrums-Parlamentariern, von denen man nur weiß, daß sie eher als die Unentwegten der Wirtschaftskörperschaften geneigt sind, ihre Kriegszielforderungen in Einklang mit dem jeweiligen Stand der Kriegsergebnisse zu bringen, sprachen in buntem Gemisch Professoren und Journalisten, von denen zum guten Teil zu vermuten ist, daß sie selbst noch nicht recht wissen, welche Kriegsziele im Interesse eines „ehrenvollen Friedens“ Deutschland sich stecken soll. Kein Wunder, daß die geduckten Ansichten, so weit sie überhaupt aus dem mystischen Halbmond greifbar hervortraten, weit voneinander abwichen und ein gärendes Chaos bildeten, das erst recht nach innerer Gestaltung ringt und dem ratlosen Publikum nur zerfließende Schatten zeigt, statt wohlüberdachter und fassbarer Gedanken.

Einig waren sich die Redner nur in einem Punkte, in der entschiedenen Betonung des unerschütterlichen „Durchhaltens“. Mag sein, daß dies Moment, das den Veranlassungen ihren eigentlichen Stempel aufdrückt, durch die zweite Forderung des Kriegsausbruchs in den Vordergrund gerückt erschien. Aber dann hätte man, wenn man wirklich etwas anderes bezweckte, als eine derartige Stimulierung der öffentlichen Meinung, den Termin der Versammlungen anders wählen sollen. Denn so liegen doch die Dinge bei uns in Deutschland wahrhaftig nicht, daß es einer öffentlichen Bearbeitung der Volksstimmung bedürft hätte, um den Willen zum Durchhalten zu befunden. Sind darüber zwischen den Anhängern der Forderungen der Wirtschaftskörperschaften und den um den Nationalausschuss sich gruppierenden Elementen doch niemals irgendwelche Meinungsverschiedenheiten hervorgetreten. Der Kampf zwischen „Unmäßigen“ und „Gemäßigten“ geht um Kriegsziele und Kriegsmittel. Aus diesen Meinungsdivergenzen erwuchs die leidenschaftliche Opposition der Kanzlerfronde, die in den Pamphleten der Junius alter und Kapp ihren typischen Ausdruck gefunden hat. Wollte der Nationalausschuss den Angriffen mit einiger Hoffnung auf Erfolg entgegenzutreten, so mußte er den Forderungen der Wirtschaftskörperschaften, die klar genug formuliert sind, mit der gleichen Deutlichkeit sein Programm entgegenstellen.

Statt dessen haben die vom Nationalausschuss gecharterten Redner förmlich gewetteifert, über Kriegsziele möglichst wenig und dieses wenige so unbestimmt und die Identität wie nur möglich zu sagen. Was unter den „realen Garantien“ für den Westen zu verstehen ist, weiß auch heute noch kein Mensch; und wie das „unabhängige“ Polen aussehen soll, ist nicht minder Geheimnis der Erfinder dieses Projekts geblieben. Zudem herrscht unter den Rednern nicht einmal darüber Übereinstimmung, wer denn eigentlich als „Sauptfeind“ zu betrachten sei, gegen den man sich in erster Linie zu „sichern“ habe. Erklärten doch mehrere der Redner, darunter bezeichnenderweise auch ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei, Dr. August Müller, jede Verständigung mit England für unmöglich und deshalb die Fortsetzung des Krieges so lange für geboten, „bis England am Boden liege“. Ein anderer Redner, Herr Georg

Bernhard, verlangte außer den militärischen Grenzverschiebungen auch noch eine entsprechende Kriegsschädigung, welche Lösung, in die knappe und handliche Formel „Geld oder Land“ gebracht, schon vorher den begeistertsten Beifall der „Kriegszeitung“ gefunden hatte!

Aber nicht nur hinsichtlich der Kriegsziele präsentierte jeder der Ausschuss-Redner seinen besonderen Wunschzettel, sondern auch in bezug auf die Kriegsmittel wurden Ansichten laut, die sich in nichts von denen des Grafen Reventlow unterschieden. Spielte man doch, wie Professor Kahl in seiner Dresdener Rede, ganz unbedeutlich mit dem Gedanken eines verschärften U-Bootkrieges!

Die Kundgebung des Nationalausschusses bot also in jedem Betracht ein Bild der Verfahrenheit und Ratlosigkeit. Die Kriegspolitik der durch ihn vertretenen Kreise unterscheidet sich im innersten Wesen in nichts von der Kriegspolitik der Reventlow, Fuhrmann oder Kapp. Lassen wir die Floskeln von der inneren Neuorientierung beiseite, mit denen die Herren vom Nationalausschuss ihre sonst ja allzu dürftigen und inhaltlosen Reden garnierten, so besteht der einzige Unterschied darin, daß die Anhänger des Programms der Wirtschaftskörperschaften dreyer im Fördern und konsequenter in der Methode der Kriegführung sind, während der Nationalausschuss es bei den Grenzberichtigungen“ um 50 Proz. billiger tun und sich einseitigen vorzichtigerweise einmal aufs Abwarten verlegen will, bevor er seine letzten militärischen Trümper ausspielt. Wenn nun die Politik der Wirtschaftskörperschaften unbesonnen und unflug ist, so wird die des Nationalausschusses durch ihre Halbheit noch keineswegs ein Muster an Klugheit. Im Gegenteil: die Propagierung einer Politik der schroffen Abenteuerlichkeit, die der gesunden Vernunft allzu großlich ins Gesicht schlägt, ist unter Umständen viel weniger gefährlich als eine Politik, die der politischen Befonnenheit Konzeptionen zu machen scheint, ohne doch der Gefahr der Katastrophe entschlossen auszuweichen.

Wir halten denn auch die Politik des Nationalausschusses für die bedenklichste und verhängnisvollste Halbheit. Man kann zu dem Kriegs- und Friedensproblem verschieden Stellung nehmen, aber man kann einer klaren Stellungnahme nicht ausweichen, ohne eine unmögliche Politik zu treiben. Man kann glauben, daß der Krieg nicht anders als durch die letzte äußerliche Entscheidung der Waffen, durch den deutschen Sieg beendet werden könne. Lebte man dieser zureichenden Überzeugung, so kommt es in der Tat nicht allzuviel darauf an, daß man schon jetzt des noch nicht erledigten Varen freilich verteilte. Alles Gerede über eine Verständigung ist dann überflüssig, denn das siegreiche Schwert verbürgt ja die Regelung der Dinge. Nun kann man freilich der Ansicht sein, daß dieser Krieg überhaupt nicht durch eine Waffenentscheidung, sondern nur durch eine Verständigung beendet werden könne. Reigt man aber dieser Auffassung zu, so ist es insonsequent und vom Uebel, eine Politik der halben und „gemäßigten“ Anexionen und „realen“ Sicherungen zu vertreten. Entweder zwingt man den Gegner nieder und nimmt ihm ab, soviel man ohne Magenbeschwerden verdauen zu können hoffen kann — oder man kommt nur zum Frieden, indem man dem Gegner Friedensbedingungen einräumt, die auch für ihn mit keinerlei Demütigungen und Nachteilen verbunden sind.

Darin sind denn auch wenigstens die Redner des Nationalausschusses konsequent gewesen, daß sie als Voraussetzung solcher Politik das „Durchhalten“ predigten, das unbedingte, bedingungslose Durchhalten.

Was man dem Nationalausschuss gestattet hat, wird man der Sozialdemokratie schwerlich verweigern können. Aber mit dem Abhalten von ein paar Dutzend Versammlungen wird die Pflicht der Sozialdemokratie natürlich nicht erschöpft sein, sondern erst begonnen haben.

Zur Tagung des französischen Nationalrats.

Bern, 8. August. (W. L. W.) Die beiden Hauptabstimmungen auf der Tagung des Nationalrates der sozialistischen Partei Frankreichs ergaben nach den heutigen französischen Zeitungen folgendes genaue Zahlenverhältnis: Ein Geschäftsordnungsantrag der zu Beginn der Sitzungen von der Mehrheit gestellt worden war, wurde mit 1838 gegen 1000 Stimmen angenommen. Die Resolution Renaudel, die sich gegen die vorläufige Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen ausdrückt, erhielt 1824 Stimmen, während 1075 dagegen abgegeben wurden. „Petit Journal“ schließt daraus, daß die Minderheit seit der letzten Abstimmung im Jahre 1915 ungefähr 200 Mandatsstimmen gewonnen habe. Das Ergebnis der Abstimmung über die Mehrheitsresolution wurde mit großem Lärm aufgenommen. Die Anhänger der Minderheit weigerten sich, an der abschließenden Abstimmung über die Resolution teilzunehmen und verließen unter Absingung der Internationale den Saal. Renaudel, als Sprecher für die Mehrheitsresolution, erklärte in der Diskussion, daß ein Zusammentreffen mit den deutschen Sozialdemokraten erst möglich sein werde, wenn diese sich von der Verantwortung, die sie für den Krieg hätten, freigemacht und an Stelle des Kaiserreichs eine Republik gesetzt hätten würden. Die Kriegsziele wurden von verschiedenen Mehrheitsrednern wie folgt gefolgt: Unterdrückung des preussischen

Militarismus, Kampf gegen die deutsche Vorherrschaft, billige Lösung der Nationalitätsprobleme, dauerhafter endgültiger Friede vermittelt der Einrichtung eines obligatorischen Schiedsgerichts.

Der ständige Verwaltungsausschuss der Partei brachte einen Antrag auf Einberufung einer Konferenz der sozialistischen Parteien der alliierten Länder ein, die eine Politik verlangen müsse, welche jeden Eroberungsgeist ausschliesse, die Achtung vor den Rechten der Nationen durch internationale Institutionen gewährleisten und einen Wirtschaftskrieg sowie alles, was den Keim zu neuen Konflikten legen könne, vermeide. Der Minderheitsvertreter Jaurès versicherte, daß Jaurès, wenn er lebte, auf der Seite der Minderheit stehen würde. Der Abgeordnete Deguije sprach für ein Mißtrauensvotum an die Regierung, nachdem man seit der Geheimfaltung wisse, was man von Charlierot und Verdun denken müsse. Pressemann sagte: Wenn wir alle darin einig sind, die deutschen Greuel zu verdammen, so folgt daraus nicht, daß nicht alle Militarismen verurteilt werden müssen. Er spielte auch auf die russischen Greuelkaten in Ostpreußen und Galizien an. Man hat uns versichert, sagte er, der Sieg sei nahe, aber heute muß man die Lage ansehen, wie sie ist. Wir wollen alle Mittel anwenden, die sich uns bieten, um möglichst schnell dem Kriege ein Ende zu machen. Wenn die Erklärungen des deutschen Reichskanzlers nicht sehr klar sind, so sind es die der anderen Regierungen auch nicht viel mehr. Wir wünschen, daß die sozialistische Partei kein Mittel zurückweise, um Frieden zu machen, wenn es auf ehrenvolle Weise möglich ist. Wir müssen unsere Regierung durch eine parlamentarische Interpellation nötigen, sich über die Kriegsziele auszusprechen. — Die Veröffentlichung der Minderheitsresolution ist den französischen Zeitungen von der Zensur verboten worden.

Jaurès und die Internationale.

Die Wochenschrift der französischen Parteiminderheit, der „Populaire“, gibt eine Nummer heraus, die ganz dem Andenken Jaurès gewidmet ist. Die Bedeutung Jaurès wird gewürdigt, die letzten Tage seines Lebens, diese schicksalsschweren Stunden für die europäischen Völker stehen wieder klar vor unseren Augen. Aus seinen Reden, die er in früheren Jahren gehalten hat, werden Stellen herangezogen, die ein Beweis für seine konsequente Friedenspolitik sind und Zeugnis ablegen für die Sicherheit, mit der er die jeweilige auswärtige Lage und die Wirkung politischer Handlungen auf die Zukunft beurteilte. Vielleicht werden wir auf das eine oder das andere noch einmal zurückkommen. Heute wollen wir auf die Worte hinweisen, mit denen Armande Dunois den Leitartikel „Méditation devant la Tombe“ (Betrachtung vor dem Grabe) schließt:

„Man hat in Paris eine Gesellschaft der Freunde Jaurès gegründet. Das ist gut. Ehren wir das Gedächtnis des größten unserer Toten so sehr man kann. Aber die wahre Gesellschaft der Freunde Jaurès, vergeht es nicht, das ist die Internationale. Und ich weiß nur eine Versammlung in der Welt, die diesen großen Namen Jaurès, von dem Camille Huysmans sagen konnte, daß er „für zehn Millionen von Proletariern das edelste und vollkommenste Trachten verkörperte“, würdig verherrlichen könnte: das ist der zukünftige Kongreß der Internationale.“

Nur wenige Tage nach dem Gedentage Jaurès trat der Nationalrat der französischen Sozialdemokratie zusammen. Die Entscheidung der Mehrheit über die zukünftige Politik der französischen Genossen läßt nichts vom Geiste Jaurès spüren.

Die polnische Frage im russischen Ministerrate.

„Ruskija Wjedomosti“ berichten über interessante Einzelheiten der Behandlung der polnischen Frage in den russischen Regierungskreisen. Danach sollte in der Sitzung des Ministerrats vom 25. Juli eine Erörterung der Vorschläge über eine Neuordnung der Verwaltung Polens stattfinden, die im vorigen Jahre in der sogenannten polnischen Kommission unter Vorsitz des damaligen Ministerpräsidenten Goremykin ausgearbeitet wurden. Gleichzeitig sollten auch einige andere Denkschriften über die polnische Frage erörtert werden, die inzwischen von „christlicher“ wie von polnischer Seite eingereicht worden sind. Unmittelbar vor der Sitzung des Ministerrats wurde jedoch bekannt, daß die polnische Frage infolge der Abreise Stürmers nach dem Hauptquartier von der Tagesordnung abgesetzt worden sei.

In polnischen Kreisen, die auf ein Zusammengehen mit Rußland hinarbeiten, hofft man trotz aller bisherigen Enttäuschungen noch immer, daß demnächst ein besonderer Erlaß über die Neuordnung Polens erscheinen wird, dessen Grundlinien schon jetzt festgesetzt sein sollen. Obwohl man den Rücktritt Sjasonows mit der polnischen Frage in Verbindung bringt, glaubt man in den genannten polnischen Kreisen doch, daß die Leitfrage des Sjasonowischen Projekts den besonderen Anweisungen an den Ministerrat zugrunde gelegt worden seien. Dieses Projekt soll nach der Ruskija Wjedomosti in folgendem bestehen: Polen erhält eine „politische Autonomie mit staatlichen Elementen“. Mit Rußland durch die Einheit des Thrones verbunden, erhält das „Zartum Polen“ eine eigene Regierung und zwei gesetzgebende Kammern. Der Kompetenz der Lokalverwaltung sind entzogen: die Armee, die äußere Politik, das Zoll- und Münzwesen und die Eisenbahnen, die strategische Bedeutung haben. Alle anderen Zweige der Verwaltung unterstehen den lokalen Organen und der lokalen Gesetzgebung.

Soweit der Bericht des in der Regel gut unterrichteten Moskauer Blattes. Er ergänzt die Mitteilungen, die über

Die Beratungen im großen Konrat des Jaren in die Presse gedrungen sind, wo bekanntlich — unmittelbar vor dem letzten Ministerwechsel — auch die polnische Frage erörtert wurde. Wir sprachen schon damals die Vermutung aus, daß die aus Rücksicht auf die Verbündeten eingenommene Haltung Sazonows in der polnischen Frage eine der Ursachen seiner Entlassung gewesen sei. Dieselbe Anschauung scheint, wie aus dem obigen Bericht hervorgeht, auch in den politischen Kreisen Rußlands verbreitet zu sein. Aber eben deshalb hat die Hoffnung der russenfreundlichen polnischen Kreise, daß die Grundlinien des Sazonow'schen Projekts trotzdem verwirklicht werden könnten, nur sehr geringe Wahrscheinlichkeit für sich. Ganz abgesehen davon, daß der Umfang der auch in diesem Projekt in Aussicht gestellten Autonomie Polens selbst die zu Rußland hinneigenden polnischen Kreise enttäuschen dürfte.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 9. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Dienstag nachmittag. Nördlich der Somme erzielte die rechts von den englischen Truppen operierende französische Infanterie während eines Angriffs der Engländer auf Guilleumont einen Fortschritt östlich von der Höhe 139 nördlich von Hardecourt; sie machte etwa 40 Gefangene. Westlich vom Gehöft Monacu versuchten die Deutschen heute morgen zweimal, die gestern von den Franzosen eroberten Gräben wiederzugewinnen. Durch Infanteriefireur zurückgeworfen, zogen sich die Deutschen zurück und hinterließen zahlreiche tote. Die Zahl der von den Franzosen gestern in dieser Gegend gemachten unüberwundenen Gefangenen beträgt 290, darunter zwei Offiziere. Auf dem rechten Ufer der Maas setzte in letzter Nacht wieder eine Verschiebung von äußerster Festigkeit ein. Die Deutschen trugen um 5 Uhr morgens eine Reihe mächtiger Angriffe mit starken Kräften gegen unsere Stellungen von Fleury bis nördlich vom Werke Thiaumont vor. Gleichzeitig eröffneten sie ein Sperrfeuer und schleuderten Granaten von 21 Zentimeter-Kaliber hinter die französische Linie. Mörderisches Maschinengewehrfeuer hielt alle Angriffe längs der Straße Fleury und im Dorfe Fleury auf, aber den Deutschen gelang es, nach erbittertem Kampf, der übrigens noch anhält, im Werke Thiaumont Fuß zu fassen. Im Wasgenwalde versuchte eine feindliche Abteilung an die französischen Gräben bei Senones heranzukommen. Gewehrfeuer zerstörte sie mißlos.

Paris, 9. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Dienstag abend. Nördlich von der Somme haben wir gestern unseren Geländegezug erweitert, indem wir ein kleines Waldchen und einen vom Feinde stark besetzten Graben nördlich vom Gehöft von Fern, das wir ganz in Händen halten, in Besitz nahmen. Im ganzen haben wir in den letzten zwei Tagen nördlich von der Somme die ganze Länge der deutschen Gräben auf einer Front von sechs Kilometern und in einer Tiefe von drei bis fünfhundert Metern erobert. In der Champagne wurden gestern gegen abend nach einer heftigen Verschiebung starke feindliche Abteilungen, die zum Angriff schritten, unter unser Feuer genommen und gesprengt. Am rechten Ufer der Maas dauert der Kampf an der ganzen Front Thiaumont—Fleury mit Erbitterung und Hartnäckigkeit an. Unsere Truppen hielten Stand und gingen gegen den Feind vor, der durch seine Gegenangriffe uns von dem Gelände zu verdrängen suchte, das wir in den letzten Tagen nordwestlich und südlich vom Werke Thiaumont erobert hatten. Wir gingen dann zur Offensive über, besetzten alle Grabenstücke wieder, in denen der Feind während des Kampfes Fuß gefaßt hatte, und drangen neuerdings in das Werk Thiaumont ein. An der Front Bauz—Chapitre—Chonois nahmen wir eine Grabenlinie, an einzelnen Punkten zwei Grabenlinien des Feindes. In einer davon lagen etwa 100 tote oder verwundete Deutsche. Bei diesen verschiedenen Unternehmungen machten wir etwa 200 unüberwundene Gefangene, darunter 6 Offiziere, und eroberten 6 Maschinengewehre. Flugzeuge. Einer unserer Flieger schoß bei einem Erkundungsflug ein deutsches Flugzeug ab, das nördlich von Aubérive brennend in die feindlichen Linien stürzte. Gestern gegen 9 Uhr abends warf ein feindlicher Flieger vier Bomben auf Nancy. Fünf Zivilpersonen wurden verletzt, darunter drei schwer.

Die englische Meldung.

London, 8. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. Südwestlich von Guilleumont rückte unsere Linie 400 Yards vor. Der Feind machte vier Angriffe nordwestlich von Pozieres. Drei Angriffe mißglückten, der vierte ermöglichte es dem Feinde, 50 Yards Gräben zu besetzen.

London, 9. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. In der letzten Nacht kamen wir an mehreren Stellen östlich vom Gehöft von Trones vorwärts. Der Kampf an den Zugängen von Guilleumont bei dem Bahnhof hält an.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 9. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Dienstag nachmittag.

Westfront: Am Seret besetzten unsere Truppen mit Erfolg das eroberte Gelände. In dieser Gegend sind im Laufe der Kämpfe vom 4. bis 8. August im ganzen an Gefangenen eingebracht: 106 Offiziere, 8415 Soldaten und vier Geschütze, 19 Maschinengewehre, 11 Bomben- und Minenwerfer sowie eine sehr beträchtliche Menge anderen Kriegsmaterials erbeutet.

An der Stochodfront in der Gegend von Bach Stobychwa (? Bach Stobychwa—Suzet Stobychwa ?) kam ein Teil der Oesterreicher im Laufe der Nacht mit hochgehobenen Händen in das Bereich eines unserer Regimenter. Der Bataillonskommandeur, Oberst Stepanenko, der sich den Oesterreichern näherte, wurde verräterischerweise getötet. Unsere Schützen erschossen die ganze österreichische Abteilung. Südlich des Dnjepr griffen unsere Truppen auf einer Front von 25 Werst in der Richtung auf Tschmientica an und eroberten die feindlichen Gräben. Sie verfolgten den Gegner überall kämpfend. Durch den unwiderstehlichen Druck unserer tapferen Truppen wurde der Gegner auf der ganzen Front geworfen. Sie besetzten die Stadt Tlumacz und die ganze Gegend östlich der Stadt bis zum Dnjepr und eine Reihe von Höhen südöstlich der Stadt bis zur Eisenbahn Kolomea—Stanislaw. Unser Angriff wurde durch Artillerie vorbereitet, welche die feindlichen Batterien mit Gasgeschossen beschuß. Sie wurden durch unser Gas vernichtet, hörten auf zu feuern und verließen ihre Geschütze. Unsere Kavallerie verfolgte den Feind, der sich in Unordnung zurückzog. In diesen Kämpfen machte eine unserer tapferen Divisionen etwa 2000 Deutsche zu Gefangenen und nahm mehrere schwere Geschütze sowie eine große Zahl von Maschinengewehren. Die Zahl der Gefangenen wächst. Die Gesamtsumme steht noch nicht fest. Ebenso hatten die heldenhaftesten Truppen des Generals Tschischikow noch einen recht beträchtlichen Erfolg.

Petersburg, 7. August. (W. Z. V.) (Wahrscheinlich 8. August) abends. Amtlicher Bericht.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 9. August 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die gestern berichteten Angriffe der Engländer und Franzosen nördlich der Somme gegen die ganze Front vom Fourcaux-Walde bis zur Somme sind gebrochen. Die Engländer ließen 10 Offiziere, 374 Mann an unüberwundenen Gefangenen in unserer Hand und hielten 6 Maschinengewehre ein; sie hatten schwere blutige Verluste. Ebenso scheiterte eine heute nacht aus der Linie Oulliers—Bazentin-le-Petit vortragener starker englischer Angriff.

Rechts der Maas griffen erhebliche französische Kräfte mehrmals im Thiaumont- und Fleury-Abschnitt, im Chapitre- und Bergwald an. Mit schweren Verlusten mußte der Gegner unserer Feuer und an verschiedenen Stellen unseren Bajonetten weichen. Die Zahl der in unsere Hand gefallenen Gefangenen ist auf rund 350 Mann gestiegen.

Ergebnis der Luftkämpfe im Juli.

Deutscher Verlust:	
Im Luftkampf	17 Flugzeuge
durch Abschluß von der Erde	1 "
Vermißt	1 "
im ganzen 19 Flugzeuge.	
Französischer und englischer Verlust:	
Im Luftkampf	59 Flugzeuge
durch Abschluß von der Erde	15 "
durch unfreiwill. Landung innerh. unfr. Linien 6 "	
bei Landung, zwecks Aussetzens v. Spionen 1 "	
im ganzen 81 Flugzeuge,	

von denen 48 in unserem Besitz sind.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls von Hindenburg. An der Nordspitze von Kurland fügten wir heute früh durch unser Feuer einer größeren Zahl feindlicher Torpedoboote, Dampfer und Segler schweren Schaden zu und vertrieben sie dadurch.

Russische Uebergangsversuche östlich von Friedriehstadt wurden vereitelt, stärkere Patrouillen zwischen Wiszniewo und Narocz-See sind abgewiesen.

An der Serwetisch- und Sächshara-Front verschärfte sich der Artilleriekampf; feindliche Angriffe in der Gegend von Scrobowa sind gescheitert.

Mit sehr starken Kräften nahmen die Russen ihre Angriffe am Stochod wieder auf. In vielen Malen sind ihre Angriffswellen südlich von Stobychwa, im Stochodbogen östlich von Kowel und nördlich von Risselin im Artillerie-, Infanterie- und Maschinengewehrfeuer wieder zurückgeschlagen. In schwerem Nahkampf mit dem an Zahl weit überlegenen Feinde blieben unsere Truppen bei Ruchary und Porstaja Wolka (nordöstlich der Bahn Kowel—Luck) Sieger. Die Kämpfe westlich von Luck sind zu unseren Gunsten entschieden. Durch entschlossenen Gegenangriff österreich-ungarischer Truppen sind verlorene Teile der Stellung östlich von Szelowo restlos wiedergewonnen; 350 Gefangene sind eingebracht und mehrere Maschinengewehre erbeutet.

Front des Feldmarschalleutnants Erzherzogs Carl.

Die Zahl der südlich von Zalocz gemachten Gefangenen ist auf 12 Offiziere 966 Mann gestiegen. Südlich des Dnjepr sind die verbündeten Truppen über die Linie Nizniow—Tschmientica—Ditynica zurückgenommen.

Balkan-Kriegsschauplatz. Keine wesentlichen Ereignisse. Oberste Heeresleitung.

Neuer Luftschiffangriff gegen England.

Amtlich. Berlin, 9. August 1916. (W. Z. V.) Mehrere unserer Marine-Luftschiffgeschwader haben in der Nacht vom 8. zum 9. August England erneut angegriffen und Marinestützpunkte der Ostküste und Industrieanlagen von militärischer Bedeutung in den Küstengrafschaften von Northumberland herunter bis nach Norfolk andgiebig mit Sprengbomben schwersten Kalibers und mit Brandbomben belegt. Der Erfolg war an allen Stellen hervorragend und konnte bei der verhältnismäßig hellen Nacht deutlich beobachtet werden. So wurden in Eisen- und Benzolfabriken bei Widdlesborough sehr starke Explosionen und große Brände, in den Hafenanlagen von Hull und Hartlepool und den Werftanlagen am Tyne sehr gute Spreng- und Brandwirkung festgestellt. Auch in den Industrieanlagen bei Whitby und den Bahnanlagen bei Kings Lynn wurde starke Wirkung erzielt. Sämtliche Luftschiffe sind trotz der heftigen Gegenwirkung durch Schienerwerfer, Abwehrbatterien und Seeestreitkräfte unbeschädigt zurückgekehrt.

Der österreichische Generalkriegsbericht.

Wien, 9. August 1916. (W. Z. V.) Amtlich veröffentlicht.

Russischer Kriegsschauplatz. Front des Feldmarschalleutnants Erzherzogs Carl. Im Gebiete des Capul in der Bukowina wurde der Gegner gegen Norden zurückgeworfen. Am oberen Pruth gewannen unsere Truppen die Höhen östlich von Worochia.

Infolge der vorgestrigen Kämpfe wurden auch die bei Ditynia fechtenden Kräfte in eine weislich vorbereitete Stellung zurückgeführt. Die Geschützaktivität in diesem Raume dauerte auch gestern den ganzen Tag über in unverminderter Festigkeit an.

Am Südsügel der Arme des Generals Grafen Bothmer schlugen I. und II. Regimente mehrere starke Angriffe ab. Die Zahl der südlich von Zalocz eingebrachten Gefangenen ist auf 12 Offiziere, 966 Mann gestiegen.

Front des Generalfeldmarschalls von Hindenburg.

In Wolhynien wuchsen die Kämpfe erneut zu größter Stärke an. Sowohl bei der Armee des Generalobersten v. Terstchansky, wo die Russen stellenweise durch Gegenangriffe geworfen wurden, als auch bei Risselin und im Stochod-Knie bei Radzowka führte der Feind seine dicht gegliederten Massen — darunter sibirische und Gardetruppen — zum Angriff vor. Er wurde überall, vielfach im Kampf Mann gegen Mann, zurückgeworfen. Wie es bei der selbstmörderischen Gefechtsführung des Gegners nicht anders möglich ist, bildet das Vorgehen unserer Stellungen ein großes Leichenfeld.

Südlich von Stobychwa scheiterten wieder russische Uebergangsversuche.

Italienischer Kriegsschauplatz. Die heftigen Kämpfe im Raume von Görz dauern fort. Gestern nachmittag erreichten einzelne feindliche Abteilungen die Stadt. Am Monte San Michele und bei San Martino wiesen unsere Truppen wiederholte Angriffe unter schweren Verlusten der Italiener ab. Das königlich ungarische Szelecschervaree Honvéd-Infanterie-Regiment Nr. 17 tat sich hierbei besonders hervor.

Südöstlicher Kriegsschauplatz. Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Hofer, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See. In der Nacht vom 8. auf den 9. besetzte ein Seeflugzeuggeschwader eine feindliche Batterie an der Fozzo-Mündung und die feindliche Seeflugstation Gorgo bei Grado sehr wirkungsvoll mit Bomben. Mehrere Volltreffer wurden erzielt. Trotz heftiger Beschießung kehrten die Flugzeuge unverletzt zurück.

Westfront: Südlich des Dnjepr wird der bisher erzielte Erfolg von unseren Truppen weiter ausgebaut. Bei der Verfolgung des Feindes nahmen unsere tapferen Truppen die Stadt Nizniow im Sturm, ferner die Dörfer: Prathscow, Patahizze, Radotogna, Czarnolozze, Krzhwoluty und den Flecken Ditynia, indem sie einen Teil des linken Flügels des besetzten Raumes an den Fluß Borona, an dem das Dorf Tschmientica liegt, heranschoben. Vor dem Rückzug des Gegners wurden an verschiedenen Stellen Explosionen gehört. Es scheint, daß der Feind Brücken und Depots sprengte. Die Gefangenen und die Kriegsbeute sind gezählt, ihre Zahl wird mitgeteilt werden, wenn sie abgeschlossen ist. Das von uns eroberte Gebiet hat eine Fläche von ungefähr 168 Quadratwerst.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 8. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. Im Lagarina-Tal dauert die starke Artillerietätigkeit an. Auf der Hochfläche von Schleggen wurde ein heftiger feindlicher Angriff im Gebiet des Monte Zebio zurückgeschlagen. Im Hochcordebole erneuerte der Gegner nach heftiger Beschießung seine Anstrengungen gegen unsere Stellungen am Monte Sief; er wurde mit schweren Verlusten immer wieder zurückgedrängt.

Am unteren Fozzo dauert der erbitterte Kampf gegenüber Görz unaufhörlich fort. Der Monte Sabotino und der Monte San Michele, Hauptpunkte des feindlichen Widerstandes, wurden von uns ganz erobert. Der Görzer Brückenkopf fiel ebenfalls in unsere Hände. Unsere Geschütze beschießen die Stadt, um den Feind, der zwischen den Häusern Deckung nimmt, daraus zu vertreiben. In den Tagen des 6. und 7. August machten wir über 8000 Gefangene, darunter mehr als 200 Offiziere, unter denen sich etwa 20 höhere Offiziere und ein Regimentskommandeur mit seinem Stabe befinden. Die Zahl der Gefangenen wächst andauernd. Wir erbeuteten außerdem 11 Geschütze und etwa 100 Maschinengewehre und machten reiche Beute an Waffen, Munition und Kriegsmaterial.

In der letzten Nacht beschuß eines unserer lenkbaren Luftschiffe den Eisenbahnnotenpunkt Opicina und warf auf ihn eine Tonne starker Explosionsmittel, die, wie beobachtet wurde, große Zerstörungen hervorrief. Das Lenkluftschiff war dem Feuer zahlreicher

Abwehrbatterien ausgefetzt und wurde von zwei Flugzeugen angegriffen, deren Angriff es durch heftiges und wirksames Feuer seiner Geschütze abschlug. Es kehrte unbeschädigt in unsere Linien zurück.



Die italienische Presse zur Einnahme des Görzer Brückenkopfes.

Lugano, 9. August. (Z. U.) Die Einnahme des Görzer Brückenkopfes nach über einjährigem Kampfe und wiederholten Festschlägen wird in Italien als großer Sieg gefeiert. An zahlreichen Orten, namentlich in Rom und Mailand, fanden Umzüge mit Musik und Fahnen statt. Man erkennt nun, daß der vorgestrige Angriff bei Ronfalcone einen demonstrativen Charakter hatte und die Oesterreicher bewegen sollte, Kräfte von Görz abzuziehen. Der Militärkritiker des „Secolo“ bezeichnet die österreichische Verteidigungslinie Görz—Ronfalcone an drei Stellen (Görzer Brückenkopf, Berg San Michele, Ronfalcone) als angegriffen. Der Militärkritiker des „Secolo“ meint, die Oesterreicher könnten den unteren Lauf des Isonzo nicht mehr defensiv benutzen, sondern mühten nun in den Höhen östlich Görz widerstehen, wo sie wahrscheinlich schon Verteidigungsanlagen geschaffen hätten. Den Erfolg schreibt dieser Kritiker vorzüglich der vermehrten schweren Artillerie zu.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 8. August. (W. Z. V.) Bericht des Hauptquartiers. Täglich finden mehr oder weniger heftige Artilleriekämpfe statt. Gestern rückten unsere vorgeschobenen Posten nördlich vom Dorfe Plumnitza etwas vor. Eine unserer Patrouillen drang in das genannte Dorf ein, vertrieb den darin befindlichen feindlichen Posten und kehrte, nachdem es die ihm aufgetragene Erkundung durchgeführt hatte, zu ihrem Posten zurück; sie erlitt nur leichte Verluste, obwohl sie durch die feindliche Artillerie lebhaft beschossen wurde.

Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 9. August. (W. Z. V.) Hauptquartiersbericht Kaukasusfront: Die russische Streitmacht, die sich infolge der Ungunst der Wege und der Verbindungen sowie der durch die Bitterung geschaffenen Schwierigkeiten seit einiger Zeit in der Gegend von Vitlis und Rusch einrichten konnte, ist nach und nach zum Rückzuge gezwungen worden und hat Kanonen, Gewehre und Befangene in unseren Händen zurückgelassen. Der Rückzug ist eine Folge der heftigen Angriffe und des Druckes, den die auf unserem rechten Flügel kämpfenden Truppen seit einer Woche mit Erfolg auf die außerordentlich steile Hügelkette ausgeübt haben. Die Vergleiten südlich von Vitlis und Rusch, die der Feind bereits vollkommen besetzt hatte und die er jetzt hartnäckig verteidigte, wurden gleichfalls vorgestern von uns vollständig eingenommen. In der Nacht vom 7. zum 8. August ergriffen unsere Truppen von der Ostseite Vitlis und am Morgen des 8. von Rusch Besitz. Im Nachtkampf ergaben sich am 7. August morgens südlich Rusch zwei Kompagnien feindliche Infanterie mit ihren Waffen. Unsere Truppen verfolgten den Feind, der in der Richtung auf den Fluß Murad floh, im Zentrum und auf dem linken Flügel keine Kampfhandlung. Von den andren Fronten liegen keine Berichte vor.

Vom U-Boot-Krieg.

Amlich, Berlin, 9. August. (W. Z. V.) In der Zeit vom 31. Juli bis 5. August hat eines unserer Unterseeboote in der Nordsee dreizehn englische Fischdampfer und einen englischen Regierungsfischdampfer versenkt.

London, 9. August. (W. Z. V.) Lloyd's meldet aus Cette: Der griechische Dampfer „Achilleus“ wurde am 5. August um 1 Uhr nachmittags auf der Höhe von Kap Sagur von einem Unterseeboot versenkt.

Dänischer Dampfer aufgebracht.

Kopenhagen, 8. August. (W. Z. V.) „Nationaltidende“ erklärt: Es scheint, daß die deutsche Kontrolle über die dänische Schifffahrt jetzt auch auf Schiffe in inländischer Fahrt ausgedehnt werden soll. Jedenfalls ist in der letzten Nacht der Dampfer „Dagun“ auf der Fahrt von Frederikshavn nach Kopenhagen im Kattegat von zwei deutschen Torpedobooten aufgebracht und nach Swinemünde geführt worden. Der „Dagun“ verkehrt in fester Fahrt zwischen Kopenhagen und Kristiania mit Frederikshavn als Zwischenstation. Das Schiff führte 150 Tonnen Südkorn und eine bedeutende Frachtladung im Werte von über 20 000 Kronen mit. An Bord befinden sich gegen 150 Reisende, darunter 50 Ferienkinder. Auch der zwischen Kopenhagen und Aalborg verkehrende Dampfer „Cimbria“ ist in der letzten Nacht von einem deutschen Torpedoboot angehalten worden. Ein Offizier kam an Bord und untersuchte die Schiffspläne, worauf der Dampfer seine Fahrt fortsetzen durfte. Ferner ist der Bornholmer Dampfer „Geimdal“ auf der Reise von Rønne nach Kopenhagen heute früh einliefert vom Sund angehalten und untersucht worden. Nach einer Viertelstunde durfte auch dieser Dampfer seine Reise fortsetzen.

Auf eine Mine geraten.

Kopenhagen, 9. August. (W. Z. V.) Die „Nationaltidende“ aus Kalmö meldet, daß der norwegische Dampfer, der gestern früh bei Falsterbo auf eine Mine stieß, der Dampfer „Lora Sable“ (190 Reg. T.) gewesen, der mit einer Salzladung von Stettin nach Haugefund unterwegs war. Der Kapitän und Besatzung, mit Ausnahme eines Jungmatten, der bei der Explosion verriet und ertrunken ist, sind von dem schwedischen Dampfer „Klippan“ gerettet und in Trelleborg gelandet worden.

Die englische Meldung über den Luftschiffangriff.

London, 9. August. (W. Z. V.) Amtliche Meldung. Feindliche Luftschiffe besuchten heute früh die englische Ostküste und die schottische Südküste. Sie gingen nicht weit landeinwärts und warfen eine Anzahl Bomben ab. Sie wurden an verschiedenen Orten durch Abwehrgeschütze vertrieben. Drei Frauen und ein Kind sind getötet, vierzehn Personen sind verwundet. Kein militärischer Schaden von Bedeutung.

Henderson zurückgetreten.

London, 8. August. (W. Z. V.) (Reutermeldung.) Der Präsident des Unterrichtsamtes Henderson ist zurückgetreten, da es ihm unmöglich ist, die Pflichten eines Unterrichtsministers und seine mit der Arbeiterpartei zusammenhängenden Aufgaben gleichzeitig zu erfüllen. Wie verlautet, bleibt Henderson als Berater der Arbeiterpartei im Kabinett.

Arbeitervertreter für den Wirtschaftskrieg.

Von dem Arbeiterpartei-Mitglied John Lodge hat man in dieser Kriegszeit schon mancherlei gehört, das zu Kopfstößen Veranlassung gab. Seine neueste Leistung ist, daß er für den Wirtschaftskrieg nach dem militärischen Krieg eintritt. Nicht etwa im Gepräch mit Einzelpersonen, dann könnte man vielleicht noch an Mißverständnisse glauben; nein, in der Debatte im englischen Unterhause.

Die „Humanität“ berichtet darüber in einer Meldung aus London vom 3. August. Lodge hat erklärt, daß die englische Regierung sich auf dem Boden der Resolutionen der Pariser Wirtschaftskonferenz stelle. Er bleibe zwar Anhänger des Freihandelsprinzips, aber England müsse in voller Freiheit die Methoden seiner Handelspolitik wählen, die für das Land nötig und vorteilhaft seien. Sir Edward Carson, einer der Unionistenführer, gab sich anscheinend mit dieser Erklärung zufrieden, versuchte dann aber die Regierung weiterzubringen und zuzulegen. Sir John Simon verteidigte den Freihandel, Bonar Law antwortete im entgegengesetzten Sinne. Wardle, der zur Arbeiterpartei gehört, sprach sich zugunsten einer Staatsaktion für Industrie und Handel aus. Die wenigen Worte, mit denen die „Humanität“ über diesen Redner berichtet, lassen nicht erkennen, wie er sich eine solche Aktion denkt, und wem sie helfen soll — den Unternehmern oder den Arbeitern.

Bei dem „sozialistischen Abgeordneten“ Lodge ist in dessen gar kein Zweifel über den Sinn seiner Worte möglich. Er sprach sich „sehr klar zugunsten von Maßnahmen aus, die dahin zielen, den englischen Markt für die Deutschen nach dem Kriege zu schließen“. Die „Humanität“ zitiert dann wörtlich: „Ich bin der Ansicht wie Lord Kitchener, daß man während einer Periode von ein- und zwanzig Jahren England vor den Deutschen verschließen sollte.“

Man wundert sich in diesen Zeiten über nichts mehr, und über den „Sozialisten“ Lodge darf man wohl endgültig zur Tagesordnung übergehen. —

Runcimans Mission in Italien.

Bern, 9. August. (W. Z. V.) „Secolo“ meldet, daß der englische Handelsminister Runciman, der gestern in Pallanza eingetroffen ist, sich wahrscheinlich mit den Ministern Donaza und Alotta nach Mailand begeben wird, um dort eine wirtschaftliche Besprechung mit hochstehenden Finanzleuten und Politikern abzuhalten. „Corriere della Sera“ erzählt hierzu, daß insbesondere die Kohlen- und Frachtenfrage im Sinne des englisch-französischen Abkommens erörtert werden wird, das Italien gern auf sich ausgedehnt sehen möchte.

Der „Avanti“ zum Beginn des dritten Kriegsjahres.

Unter den Gedankenartikeln, mit denen die italienische Presse die Jahreswende des Kriegsausbruches begleitet, nimmt die Betrachtung, die der „Avanti“ am 1. August an leitender Stelle veröffentlicht, einen besonders hervorragenden Platz ein. Gegenüber den anderen Blättern, die in kriegerischer Hinsicht schwelgen, läßt das sozialistische Parteiorgan die Stimme der Vernunft vernahmen, mahnt zur Einigkeit und Besonnenheit und wagt in ruhigem Ueberblick auf die hinter uns liegenden Ereignisse und in einer Vorschau der kommenden die Aussichten und Voraussetzungen einer baldigen Beilegung des Weltkonflikts ab. Wie haben die wesentlichsten Stellen aus dieser beachtenswerten Rundgebung heraus, die noch durch die umfangreichen in ihr von der Jenseit angeordneten Bewältigungen, denen das ganze Schicksal zum Opfer fiel, an Bedeutung gewinnt.

Die Ansichten über die voraussichtliche Dauer des Weltkrieges gehen, wie der „Avanti“ einleitend bemerkt, beträchtlich auseinander. Man könne in dieser Hinsicht hauptsächlich zwei Parteien unterscheiden; während die eine durch die Maßlosigkeit der europäischen Diplomatie, die es jeder der kriegführenden Gruppen ermöglicht, sich für den folgenden Teil zu halten, eine nahe bevorstehende Beilegung des Konflikts voraussetzt, glaubt die andere Partei, daß der Stand der Dinge noch lange nicht für eine befriedigende Lösung reif ist. Der „Avanti“ selbst teilt die letztere Auffassung nicht. Er hält es nicht für möglich, daß die für den Krieg verantwortlichen Instanzen den Völkern noch einen weiteren Winterleibzug zumuten werden. Auch Lloyd George teile diesen Standpunkt, nur mit dem Unterschied, daß er das Ende des Krieges — das er mit Bestimmtheit für den Oktober 1918 voraussetzt — von einem Sieg der Entente erwartet. Diese Anschauung wäre annehmbar, wenn man den Begriff Sieg nicht im absoluten, sondern im relativen Sinne nähme, aber Lloyd George hat den Sieg bereits einmal unmittelbar vor der Marne-Schlacht prophezeit, und dennoch haben wir auch heute noch Krieg.

Austin Harrison, ein bekannter englischer Konservativer, der sich viel darauf zugute tut, die Notwendigkeit der äußersten Kriegsbereitschaft Englands lange vor dem Kriege erkannt zu haben, ist heute schon so weit, daß er bereit ist, auf einen Teil seiner weitgehenden Forderungen zu verzichten. Er will Deutschland nicht mehr niederrücken, sondern verlangt bloß, daß die militärische Ueberlegenheit des englisch-slawisch-italienischen Blocks durch den Krieg sichergestellt werde. Aber ein solcher Sieg wäre trügerisch und keineswegs endgültig. Er würde die Staatsmänner nicht hindern, Täuschungen zum Opfer zu fallen und Fehler zu begehen. Selbst Wismar, der doch sicher ein feiner Kopf war, konnte sich so irren, daß er Frankreich durch die Begnähung der fünf Milliarden völlig unschädlich gemacht zu haben glaubte, und mußte dann erleben, wie es sich bald wieder erhobte und aufrichtete, voller Ingrimm und glühend vor Verlangen, für die erlittene Schmach Rache zu nehmen. Dieses Beispiel sollte zu denken geben, ob es denn wirklich einen Sinn hat, Europa einen Frieden zu schenken, der lediglich auf die Uebermacht einer Staatsengruppe und die Schwäche der anderen gegründet wäre.

Wenn jedoch ein Sieg nie vollständig sein kann, sollte es da so ganz unmöglich sein, daß die wenigen einflussreichen Leute, die über das Schicksal der Völker bestimmen, einen Ausweg aus dem schrecklichen Wirrsal dieses Völkerkampfes finden?

Der Verfasser kommt zu dem Schluß: „Der Friede kann also — wie wir hoffen — nur durch eine innere Wiederherstellung der Pflichten gegen uns und unferne Gleichen seitens der Regierenden herbeigeführt werden: eine Wiederherstellung, die wir zuversichtlich erwarten und die uns gegenüber der furchtbaren Aussicht auf ein weiteres drittes Kriegsjahr schon die nächste Zukunft bringen muß.“

Vierverbandsdruck auf Griechenland.

Konstantinopel, 8. August. (W. Z. V.) In unterrichteten Kreisen wird die Meldung aus Saloniki verbreitet, nach der Ankunft des serbischen Kronprinzen habe der Vierverband Griechenland die Wahl gestellt, es möge entweder eingreifen oder das griechische Mazedonien werde bis zur Befreiung Albaniens dem König Peter als Herrschaftsgebiet zuerkannt werden. Zaimis habe die Antwort bis nach den Wahlen verschoben.

Lieferung rumänischer Erbsen und Gerste.

Bukarest, 8. August. (W. Z. V.) Meldung des I. L. Korrespondenzbüros. Zwischen dem rumänischen Hauptausfuhr- und Einfuhramt unter dem Vorsitz des Ackerbauministers Constantinescu und den Vertretern der Mittelmächte ist über den Ankauf von Braugerste und Erbsen der diesjährigen Ernte eine Einigung

zustande gekommen. Zur Verfügung stehen annähernd 2000 Eisenbahnwagen Erbsen und 6000 Eisenbahnwagen Braugerste. Der Preis für Erbsen ist für die Eisenbahnwagenladung auf 5600 Lei und für Braugerste auf 4500 Lei festgesetzt worden.

Proletariat und Krieg in Kanada.

Als der Weltkrieg ausbrach, befand sich Kanada wie viele andere Länder einen Augenblick wie paralysiert. Es schien, als ob sein industrielles, kommerzielles und politisches Leben einem vollständigen Stillstand unterworfen sei. Mehr als eine halbe Million Proletarier fanden sich vom Abend auf den nächsten Morgen ohne Beschäftigung und ihre Familien ohne die notwendigen Lebensmittel. So ist es nicht befremdlich zu erfahren, daß die Zahl der Proletarier, die sich als Soldaten in den englischen Reihen verpflichteten (im März 1916) auf etwa 300 000 Mann anstieg. Eine der unwiderstehlichsten Anziehungskräfte für die Uebernahme des freiwilligen Dienstes war der Sold von 1 Dollar 10 Cents (etwa 4,00 M.) pro Tag, den jeder kanadische Soldat im Kriege erhält. Außerdem wird, wenn der kanadische Soldat verheiratet ist und eine Familie hat, diese zum großen Teil aus dem „nationalen patriotischen Fonds“ unterhalten. Auf diese Weise ist die materielle Lage vieler Familien eine bessere geworden, als sie im Frieden war.

Obwohl es keine offizielle Statistik gibt, die die Zahl der organisierten Arbeiter, die sich im Kriege befinden, angibt, muß die Ziffer eine ziemlich hohe sein: man schätzt sie auf 20 000 von 100 000 Organisierten in Kanada. Der Krieg und alle kapitalistischen Hilfsmittel (Presse, Kirche usw.) haben in Kanada wie anderswo im Proletariat einen künstlichen Patriotismus erzeugt. Dieses Gefühl hat sich in Kanada mit genügend Kraft kundgetan, und ganz besonders bei Gelegenheit von Streiks. Sie sind nicht generell aufgegeben worden durch den Willen der Organisierten selbst, denn diese haben erklärt, daß während des Krieges keine inneren Kämpfe stattfinden sollten. Wohl verstanden, es gibt einige Ausnahmen, aber allgemein genommen, scheint der Klassenkampf in diesem Augenblick in Kanada nicht auf der Tagesordnung zu stehen. Und der Sozialismus und die Gewerkschaftsbewegung hängen voneinander ab. Die sozialistische Agitation hat zum großen Teil suspendiert werden müssen. Die sozialistischen Zeitungen haben entsprechende Krisen durchgemacht; einige haben aufgehört zu existieren, andere haben ihr Format empfindlich verkleinern müssen. Viele Propagandisten mußten Kanada verlassen. Bis zur Torpedierung der „Lusitania“ konnten die Sozialisten noch gelegentlich reden. Aber die Regierung hat diesen Vorwand benützt, um jeden, der es wagte, zugunsten des deutschen Proletariats zu sprechen, heftig zu verfolgen. Sie ist sogar noch weiter gegangen, sie hat unsern Genossen Wilfred Gribble zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er gesagt hat, daß der König von England nur eine Marionette in den Händen der englischen Imperialisten sei. John Reid, ein tapferer Sozialist, ist im 15. Monat Zwangsarbeit verurteilt worden, weil er den Krieg im Transvaal kritisiert hat. Glücklicherweise sind nicht alle kanadischen Sozialisten im Gefängnis. Und daß der Sozialismus nicht ganz tot ist, beweist vor allem der Fonds, der aufgebracht worden ist, um die Verteidigung von John Reid fortzuführen, und beweist auch das monatliche Erscheinen des „Western Clarion“, des Zentralorgans der sozialistischen Partei.

Die Kosten der Lebenshaltung haben einen solchen Höhepunkt erreicht, daß — nach der offiziellen Statistik des „Department of Labor“ (Arbeitsamt) — die durchschnittlichen Kosten der notwendigen Lebensmittel pro Woche und Person, die im März 1914 7 Dollar 74 Cents, im März 1915 7 Dollar 88 Cents betragen, in diesem Augenblick 9 Dollar überschritten haben. Die Gehälter jedoch sind dieselben geblieben, die sie beim Ausbruch des Krieges waren, und aus dieser Lastlage ergibt sich, daß die Lebensschwierigkeiten sich vermehrt haben; der Effekt war eine Verminderung des Patriotismus.

Auf der anderen Seite bereichern sich die Munitionsfabrikanten sichtbar. Zu Beginn des Krieges hat es im kanadischen Parlament sensationelle Enthüllungen gegeben über die Munitionslieferungen und über die Provisionen, die der englischen Armee von diesen Fabrikanten gemacht wurden. Man weiß noch nicht, ob die Verfolgungen ihnen Lauf genommen haben, oder ob sie auf Befehl eingestellt worden sind. Auf jeden Fall ist der Munitionsruhr, der sich gebildet hat, allmächtig, und alles bestärkt den Glauben, daß er nach dem Kriege nicht beschließen wird zu sterben, denn die in ihm beteiligten Interessen sind zu mächtig.

Wenn jedoch die gegenwärtige Lage vom Gesichtspunkt des proletarischen Fortschritts aus höchst pessimistisch aussieht, so ist das nur der Schein. Wenn diejenigen der 800 000 kanadischen Proletarier, die in diesem Augenblick an der Front sind, nach Hause zurückkehren, und wenn nach dem Kriege von neuem das normale Leben einsetzt, werden die Dinge ihr Aussehen ändern. In Kanada wird anderswo müssen wir unsere ganze Hoffnung auf die Männer setzen, die aus dem Kriege wiederkehren.

Letzte Nachrichten.

Die Resolution der französischen Parteiminderheit.

Bern, 9. August. (W. Z. V.) „Humanité“ veröffentlicht die gestern von der französischen Genfer Unterdrückte Resolution der Minderheit des Landesauschusses der sozialistischen Partei Frankreichs. Sie spricht davon, daß die Völker den Frieden herbeijehnten, die für den Krieg verantwortlichen Regierenden ihn aber fortsetzten und über die Kriegsziele beharrlich nur allgemeine Worte und doppeldeutige Redensarten machten. Sie gibt der berechtigten Unruhe über die herausfordernde Rede Boicarses in Nancy und über die Ansprüche des russischen Imperialismus Ausdruck und verlangt, die französische Regierung solle unverzüglich ihre und ihrer Verbündeten Kriegsziele bekanntgeben und jeden Vermittlungs- oder Schiedsgerichtsvorschlag günstig aufnehmen.

Konterverbande.

Bern, 9. August. (W. Z. V.) „Corriere della Sera“ meldet: In die Liste nationaler Kriegskonterverbände (Dekret vom 27. Februar 1916) sind noch folgende Artikel aufgenommen worden: Metallische Chlorverbindungen, ausgenommen Chloratrin, halbmolekulare Chlorverbindungen, halogene Kohlenstoffverbindungen, Stärke, Borax, Boraxsäure und andere Chlorverbindungen, Sabadillalkalien und dessen Präparate, Gold, Silber, Banknoten und alle handelsfähigen Kreditdokumente und realer Banktitel.

Die „Appam“-Frage.

London, 9. August. (Z. U.) Aus Washington wird gemeldet: Das Kantongericht wies das Gesuch um Freilassung der „Appam“ in Erwartung der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes ab. Falls entsprechende Bürgschaft gestellt werden kann, ist der Beschluß des Kantongerichts nur bedingt. Sachverständige schätzen den Wert des Schiffes auf 4 Millionen Pfund Sterling.

Preisherabsetzung amerikanischer Petroleum.

Amsterdam, 9. August. (Z. U.) Nach Wittermeldungen aus New York setzte die Standard Oil Co. ihren Petroleumpreis von neuem um einen Cent herunter. Es scheint, als ob ein hartnäckiger Krieg in der Petroleumindustrie bevorsteht.

Gewerkschaftliches.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1915.

In einer Beilage zur Nr. 82 des „Correspondenzblattes“ veröffentlicht die Gewerkschaftskommission eine Kartellstatistik für das Jahr 1915. Hat auch die Zahl der Kartelle, ihre Umfang und ihre Tätigkeit unter dem Einfluss des Krieges eine starke Beeinträchtigung erfahren, so ist doch im großen und ganzen das System der Kartelle intakt geblieben.

Der zahlenmäßige Bestand der Kartelle belief sich 1915 auf 757. Ihre wirkliche Zahl dürfte jedoch erheblich geringer sein. An der Statistik sind 524 Kartelle beteiligt, 54 weniger als im Vorjahre. Verglichen mit dem Kartellbestande vor Ausbruch des Krieges befinden sich unter den fehlenden Kartellen 236, die bis 1000 Mitglieder hatten und 85, die über diese Zahl hinaus bis 5000 Mitglieder zählten. Von den größeren Kartellen fehlen in der Statistik nur Dessau und Solingen.

Den an der Verichterstattung beteiligten Kartellen waren 6001 Gewerkschaften mit zusammen 884 147 Mitgliedern angeschlossen. Die gleichen Kartelle zählten vor Ausbruch des Krieges am 31. Juli 1914 2 127 631 Mitglieder; ihre Zahl ging also durch Einberufungen und sonstige Verluste bis Jahreschluss 1915 um rund 1,2 Millionen zurück. Von dem Bestande des Berichtsjahres kommen 6588 Zweigvereine mit 880 018 Mitgliedern auf die Generalkommission angeschlossen. Zentralverbände, 17 Zweigvereine mit 4120 Mitgliedern auf die Süddeutschen Eisenbahner und 1 Zweigverein mit 14 Mitgliedern auf den Verband der Zeichner.

Die Einrichtungen der Kartelle zur Förderung der gewerkschaftlichen Interessen sind in ihrer Art von dem Kriegszustand unberührt geblieben, ihre Wirksamkeit ist jedoch, soweit die zur Erfüllung besonderer Aufgaben eingesetzten Kommissionen in Betracht kommen, teilweise oder völlig aufgehoben worden. Die Gesamtzahl aller durch die Statistik für 1915 ausgewiesenen Einrichtungen steht natürlich bei dem erheblich kleineren Kreis von bestehenden Kartellen weit hinter den Zahlen der Friedensjahre zurück. Eine Ausnahme machen nur die Arbeitersekretariate; die Zahl derselben beträgt 115 und ist um 4 höher als 1913. Die Sekretariate bilden die wertvollste Einrichtung der Kartelle für die Arbeiterschaft. Sie erfordern auch einen erheblichen Kostenaufwand, der für 1915 im Vergleich zu dem Jahre 1913 nur unwesentlich gesunken ist und dessen Aufbringung die Kartelle bei der stark reduzierten Mitgliederzahl übermäßig belastet. Trotzdem ist man sich über die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Sekretariate in Gewerkschaftskreisen durchaus klar, denn durch die Beratung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer und in der Vertretung von Fällen, die mit der Kriegsfürsorge zusammenhängen, sind den Sekretariaten neue, wichtige Aufgaben erwachsen. 24 von den größeren Kartellen haben zur Erleichterung der Kartellgeschäfte Bureaus eingerichtet, in denen in den meisten Fällen Angestellte tätig sind. Insgesamt waren 1915 in den Gewerkschaftsbureaus und Sekretariaten 183 Angestellte beschäftigt, 24 weniger als 1914.

Der Aufgabenkreis der Kartelle hat sich unter dem Kriegszustand verschoben. Die eigentliche in Friedenszeiten ausgeübte Tätigkeit ist unterbrochen. Aber gleich nach Ausbruch des Krieges stürzten auf die Kartelle eine Reihe neuer Aufgaben ein, die rasches Handeln und eine kräftige Initiative erforderten. Es galt zunächst, auf die Regelung und Aufbesserung der Unterbringung für die Familien der Kriegsteilnehmer und Arbeitslosen und die Schaffung von Arbeitsgelegenheit durch die Gemeinden hinzuwirken und daran mitzuarbeiten. Mit der Fortdauer des Krieges ist nun die Lösung der damit im Zusammenhang stehenden Aufgaben in ruhige Bahnen gelenkt worden. Die einzelnen Probleme, die das Interesse der Arbeiterklasse besonders berühren, treten schärfer hervor und mit größerer Planmäßigkeit konnte an ihrer Lösung gearbeitet werden.

Das Jahr 1915 wird besonders gekennzeichnet durch die Mitarbeit der Kartelle bei der Einrichtung von öffentlichen Arbeitsnachweisen, um durch ein großzügig angelegtes System der Arbeitsvermittlung den nach Beendigung des Krieges zu erwartenden Andrang auf den Arbeitsmarkt in geregelte Bahnen leiten zu können. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge bedarf der ständigen Aufmerksamkeit der Gewerkschaften, weil bei der Unterbringung Kriegsbeschädigter in passende Beschäftigungen die vitalsten Interessen der Arbeiterschaft berührt werden. Schließlich galt es auch für die Kartelle, tatkräftig mitzuarbeiten auf dem für das deutsche Volk so unendlich wichtigen Gebiete der Lebensmittelversorgung. Es war besonders notwendig, auf eine gerechte Verteilung der vorhandenen Vorräte zu dringen und übertrieben hohen Preisfestsetzungen entgegenzuwirken. Wo es möglich war, wurden Versammlungen einberufen, die sich mit der Lebensmittelversorgung beschäftigten. Die Zahl der von den Kartellen im Jahre 1915 abgehaltenen Versammlungen betrug 507, sie dürften zum größten Teil die Fragen der Volksernährung behandelt haben.

Die Beitragsleistung der Kartelle bewegte sich im allgemeinen zwischen 20 Pf. und 2,60 M. pro Jahr und Mitglied. Nur vier Kartelle gehen über den letzten Satz hinaus. Von den berichtenden Kartellen hatten 138 eine Beitragsleistung bis zu 40 Pf., 216 eine solche von 41—100 Pf., und einen Beitragsatz von 1,01—2,60 M. erhoben 184 Kartelle.

Angaben über die Kassenverhältnisse machten 506 Kartelle. Diese verzeichneten eine Gesamteinnahme von 974 108 M., davon kommen auf Beiträge 617 422 M. und auf sonstige Einnahmen 356 686 M. Die Gesamtausgabe betrug dagegen 1 149 318 M., überstieg also die Einnahme um 175 210 M. Das Mehr an Ausgaben wurde aus den Kassenbeständen gedeckt, die während des Berichtsjahres von 824 117 M. auf 648 907 M. zurückgingen. Alle Ausgabenposten sind geringer als in den Vorjahren und die meisten sehr erheblich. Im einzelnen wurde verausgabt für Agitation 36 787 M., Arbeitervertreterwahlen 1251 M., patristische Erhebungen 1735 M., Gewerkschaftshäuser und Versammlungssäle 110 077 M., Herbergen und Arbeitsnachweise 38 006 M., Sekretariate und Rechtsauskunftsstellen 448 277 M., Bibliotheken und Lesezimmer 59 069 M., sonstige Bildungszwecke 45 224 M., Jugendziehung 34 958 M. und Verwaltung 190 906 M. 113 Kartelle brachten zusammen durch Sammlungen und aus den Kassen 46 735 M. auf zur Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer und Arbeitslosen. Einschließlich des Jahres 1914 beliefen sich bei den gleichen Kartellen nach den gemachten Angaben die für die Kriegsfürsorge aufgebracht Summen auf 74 567 M. In Wirklichkeit dürfte jedoch die Gesamtsumme bedeutend höher sein, da augenscheinlich viele Kartelle es unterließen, für 1914 nachträgliche Angaben zu machen.

Die Gewerkschaften haben während des Krieges sich nach Kräften bemüht, die Interessen des wertvollen Volkes zu wahren und fruchtbarere Arbeit geleistet. An dieser Tätigkeit haben die Kartelle einen hohen Anteil. Ihre Arbeit muß um so höher bewertet werden, als sie in schwieriger Lage geleistet wurde.

Ausland.

Der amerikanische Eisenbahnerstreik.

Dem „Berliner Lokalanzeiger“ wird aus Haag (9. August) gemeldet:

Aus New York melden englische Blätter: Die Vertreter von 350 000 Eisenbahnangestellten werden heute den Vertretern der Eisenbahngesellschaften das Ergebnis der Abstimmung über den Streik mitteilen. 92,5 Proz. der Arbeiter haben sich zugunsten des Streiks ausgesprochen. Der Streik hat auf die Börse einen sehr niederdrückenden Einfluss ausgeübt.

Aus Industrie und Handel.

Ein Verein ringsfreier Zeitungsdruckpapierfabriken ist nach der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ von sämtlichen dem Verband Deutscher Druckpapierfabriken fernstehenden Herstellern von maschinenglattem Zeitungsdruckpapier gegründet mit dem Sitz in Berlin. Vorsitzender des neugegründeten Vereins ist Fabrikbesitzer Reithner in Firma Glogner u. Reithner in Piepenhals (Schlesien). Als stellvertretende Vorsitzende wurden Direktor Wopp von Krappig (Papierfabrik Krappig A.-G.) und Fabrikbesitzer Brandt (Firma Brandt u. Sürth in Plattenthal) ernannt.

Holzaustrahverbote.

Die Ausfuhr aller Arten von Holz aus Holland ist verboten worden.

Liebigs Fleischextrakt London.

Das letzte Geschäftsjahr brachte, wohl im Zusammenhang mit Preissteigerungen, eine Zunahme des Gewinns um 65 000 Pf. Sterl. auf rund 311 000 Pf. Sterl., woraus eine Dividende und ein Bonus von insgesamt 25 Proz. zur Verteilung gelangt. Im Vorjahre wurden 22 1/2 Proz. ausgeschüttet. Das Unternehmen hat erheblich von den hohen Fleischpreisen profitiert, wodurch sich die Viehzucht der Gesellschaft in Argentinien sehr gewinnreich gestaltete.

Verminderte Baumwollenernte in Turkestan.

Dem „Kolokol“ vom 22. Juli zufolge wird die diesjährige Baumwollenernte auf acht statt auf elf Millionen Pud berechnet infolge der ungewöhnlichen Frühjahrswitterung. Der Vorkausch von Kolan will den Preis auf 8 Rubel für das Pud Rohbaumwolle festgesetzt haben.

Amerika, du hast es besser!

Unter dem 24. Mai 1916 ist auf Island eine Vorschrift erlassen worden, wonach die Ausfuhr jedweder Ladungsmenge aus Island mit anderen Schiffen als solchen, die auf dem Wege nach ihren Bestimmungsorten einen britischen Hafen anlaufen, verboten ist. Diese Vorschrift erstreckt sich, wie „Morgenblatt“ meldet, indes nicht auf Schiffe, die mit Ladung unmittelbar nach Amerika fahren.

Ausbreitung des japanischen Handels.

Das „Allgemeine Handelsblatt“ vom 2. August übernimmt aus „London and China Express“ folgende Angaben über die Ausbreitung des japanischen Handels: Aus Chile, Argentinien und Brasilien zurückgekehrte Reisende erzählen Einzelheiten über die Ausbreitung des japanischen Handels mit Südamerika. Ein Bankier erklärte, daß dieses dem europäischen Kriege zuzuschreiben wäre. In Chile wird in den Häfen Callao und Valparaiso ein großer Teil der Waren in japanische Schiffe verladen. Bei Geschäften mit Brasilien, Peru, Chile, Argentinien und Mexiko werden den Käufern von den Japanern lange Zahlungsfrist bewilligt. In Columbien, Ecuador und Venezuela wird dagegen sofortige Bezahlung verlangt. Betreffs Mexiko wird festgestellt, daß die Japaner dort sichere Rechte erworben haben, die sich bis zu 600 Meilen im Stillen Ozean erstrecken sollen. Die Handelsstätigkeit der Japaner dehnt sich auch auf die Republik Haiti und San Domingo aus. Ein Vertreter einer bedeutenden Schiffahrtsgesellschaft aus Tokio hält sich augenblicklich mit verschiedenen Landleuten in Port-au-Prince auf. Es heißt, daß dieses mit den Ver suchen Japans zusammenhängt, sich die wirtschaftliche und finanzielle Kontrolle über die beiden Regerepubliken zu verschaffen.

A. WERTHEIM

Trikotagen

- Golfjacken für Damen, Kunstseide in lebhaften Farben 18.00 u. 24.00
- Zipfelmützen Baumwolle 55 Pf.
- Zipfelmützen Seide oder Kunstseide 1.50
- Schlupfhosen in Seide
- Korsettschoner in Baumwolle, Wolle u. Seide

Strumpfwaren

- Damenstrümpfe durchbrochen, 90 Pf. u. 1.20
- Damenstrümpfe durchbrochen, 55 und 75 Pf.
- Damenstrümpfe Seidensatz, schwarz m. Laufmasche 1.50
- Damenstrümpfe schwarz oder leber mit durchbrochenem Zwickel 1.25
- Damenstrümpfe Flor, fein schwarz .. 1.45 und 1.90

- Damenstrümpfe Seide, mit Florsohle farbig 1.90
- Damenstrümpfe Tramaselide mit Florrand und Florsohle schwarz 3.50
- Herrensocken Baumwolle, feine Farben oder schwarz .. Paar 55 und 75 Pf.
- Herrensocken Flor, feine Farben .. 1.20
- Herrensocken Seide, mit Florsohle, schwarz 1.45

Blusen

- Bluse aus Paillette-Seide, mit Mohlsaum und Schleife garniert, in verschiedenen Farben 12.75
- Bluse aus Paillette-Seide mit Knopfgarnitur, in verschiedenen Farben ... 14.00
- Bluse aus Paillette-Seide, mit Glasmull-Kragen, aparte Form 16.75

Diese Artikel sind nicht bezugscheinpflichtig.

In allen 4 Geschäften Photographische Ateliers und Leih-Bibliothek

Lebensmittel

- Fettheringe Stück 20 Pf.
- Riesen-Fettheringe Stück 60 Pf.
- Salzheringe extra groß, Stück 35 Pf.
- Neue Matjesheringe St. 30 u. 35 Pf.
- Neue Salzheringe in Fäßchen, ca. 34 St. Inh., per Faß 13 M.
- Sardellen ... Pfund von 1.80 an
- Neue saure Gurken Stück von 10 Pf. an
- Neue Pfeffergurken Stück von 20 Pf. an

Obst u. Gemüse

- Weißkohl Pfund 8 u. 14 Pf.
- Wirsingkohl .. Pfund 8 u. 20 Pf.
- Rotkohl Pfund 15 u. 20 Pf.
- Kohlrüben Pfund 9 Pf.
- Kohlrabi mit Grün, Pfund 9 u. 14 Pf.
- Mohrrüben Pfund 12 Pf.
- Schoten Pfund 18 Pf.
- Grüne Bohnen ... Pfund 22 Pf.
- Dicke Bohnen ... Pfund 13 Pf.
- Radieschen 4 Bund 10 Pf.
- Gurken ... Stück 8 u. 15 u. 25 Pf.
- Zwiebeln Pfund 19 Pf.

- Preiselbeeren ... Pfund 53 Pf.
- Reine Clauden ... Pfund 50 Pf.
- Große blaue Pflaumen (Bühler) Pfund 68 Pf.
- Gelbe Pflaumen .. Pfund 38 Pf.
- Mirabellen Pfund 65 Pf.
- Koch-Birnen Pfund 28 Pf.
- Koch-Aepfel große . Pfund 18 Pf.
- Eß-Birnen Pfund 38 Pf.
- Eß-Aepfel große ... Pfund 38 Pf.
- Bananen Pfund 1.20
- Tomaten Pfund 45 65 Pf.

Fische

- Grüne Heringe ... Pfund 40 Pf.
- Schellfische .. Pfund von 1 M. an
- Kabliau ohne Kopf, zu Tagespreisen
- Lebende Aale Pfund von 1.50 an
- Kieler Bücklinge Stck. v. 15 Pf. an
- Makrelen geräuchert Stck. v. 50 Pf. an
- Schellfische geräuchert, Pfd. 1.20

Nur Leipziger Straße

Junge Gänse, Enten, Küken, Suppenhühner, Tauben

Pflaumenmus Pfund 95 Pf.

Chronik des Weltkrieges.

10. August 1914.

Amlich wird gemeldet, daß eine von Belfort in das Oberesäß vorgedrungene französische Truppenabteilung, anscheinend das 7. französische Armeekorps und eine Infanteriedivision der Befehung von Belfort, aus einer versteckten Stellung westlich Mühlhausen in südlicher Richtung zurückgeworfen wurden.

Ueber die Einnahme von Lüttich meldet der Generalquartiermeister v. Stein nähere Einzelheiten. Er weist mit aller Entschiedenheit französische Nachrichten zurück, wonach die Deutschen in den Kämpfen um Lüttich 20 000 Mann verloren haben sollten. Allerdings seien die Kämpfe sehr schwer gewesen:

„Die Schwierigkeiten für uns lagen in dem überaus ungünstigen Berg- und Waldgelände und in der heimtückischen Teilnahme der ganzen Bevölkerung, selbst der Frauen, am Kampfe. Aus dem Hinterhalt, den Ortschaften und Wäldern feuerten sie auf unsere Truppen, auf die Ärzte, die die Verwundeten behandelten und auf die Verwundeten selbst. Es sind schwere und erbitterte Kämpfe gewesen, ganze Ortschaften mußten zerstört werden, um den Widerstand zu brechen, bis unsere tapferen Truppen durch den Fortschritt gedrungen und im Besitz der Stadt waren.“

Bei Eydahn wurde die über Komeiten auf Schleusen vorgehende dritte russische Kavalleriedivision von deutschen Grenzschutztruppen über die Grenze zurückgeworfen.

Auch an der Grenze Ost- und Mittelgaliziens blieben russische Versuche, in österreichisches Gebiet einzufallen, ergebnislos.

10. August 1915.

An der Westfront Stellungskampf.

An der Ostfront wurde der Angriff nahe an Kowno herangezogen.

Truppen der Armee des Generals v. Scholz durchbrechen die Frontlinie von Lomza, erstürmten Fort vier und nahmen die Festung.

Oestlich von Warschau ist die Armee des Prinzen Leopold von Bayern weiter vorgezogen.

Am Südufer des Dnjepr trieben österreichische Truppen die Russen zurück und machten 2800 Gefangene.

Auf dem italienischen Kriegsschauplatz lebhaftere Tätigkeit.

In der „Tägl. Rundschau“ schreibt der nationalliberale Landtagsabgeordnete Fuhrmann über „den nationalen Willen, nach dem Siege den vollen Siegespreis zu schließen“. Es müsse sich entscheiden, „wer den Weg rückwärtssozialer nationaler Machtpolitik oder wer den Weg weicherziger Sentimentalität gehen will“.

Ueber die Friedenssehnsucht in Frankreich schreibt die „Kölnische Zeitung“:

„Dem, was man gemeinhin das Volk nennt, ist der Krieg schon längst verleidet. . . Die kleinen Geschäftsleute und auch die großen schenken den Frieden mit aller Kraft herbei, weil ihre Geschäfte nicht gehen, weil sie von ihren Ersparnissen leben müssen und ganz gern eine klare Zukunft vor sich sehen. Man ist des Blutergießens überdrüssig.“

Kriegskantinen auf genossenschaftlicher Grundlage.

Auch ein Stück Staatssozialismus.

Der „Vorwärts“ vom 13. Juli enthält in einer Kritik des Kantinenbetriebes für Truppen im Felde u. a. die Worte, daß „die von den Soldaten schier unzertrennlichen Markentender mit vollen Händen plündernd aus den Geldtaschen von Leuten schöpfen, die nicht rechnen, weil sie entweder dem Tode entgegengehen oder ihm entgangen sind und darum auf das Geld pfeifen.“

Allerdings ist von den Zuständen hinter der französischen Front die Rede, während wir in diesem Punkte ohne häßliches Pharisäertum getrost behaupten können: „Wir Deutschen sind doch bessere Menschen!“ — So schreibt uns ein Parteigenosse, der von Frühjahr bis Herbst 1915 in Frankreich eine große Kantine geleitet hat.

Nicht Tzue vor Ostern, heißt es weiter, wurde ich aus dem Späthengraden nach der Etappe verlegt, um für die etwa 1000 Mann eines Rekrutendepots eine Kantine einzurichten. Auf die als Heereslieferung starkfrei und wagenladungsweise erhaltene Ware durfte das Etappenmagazin bis zu 5 Proz. Aufschlag nehmen, um für unvermeidliche Verluste gedeckt zu sein, welche durch Verderben, Bruch und Gewichtsverlust durch Austrocknen entstehen. Für die Kantine war ein Aufschlag bis zu 10 Proz. auf den Einkaufspreis zugelassen, um zunächst einmal die von der Stendatur zum erstenmaligen Einkauf vorgezeichneten 1000 Mark wieder herauszuwirtschaften. Die an die Mannschaften zum Verkauf kommende Ware wurde also mit keinerlei handelsüblichen Unkosten belastet; denn weder der Groß- noch der Kleinhändler (Etappenmagazin und Kantine) hatten ja zu rechnen mit Miete, Heizung und Beleuchtung, Transportkosten, Steuern und Versicherungen, Reklame, Gehälter und Löhne; die Verbraucher konnten also so billig wie eben möglich ihren Bedarf decken, womit nicht gesagt sein soll, daß den Soldaten auch so noch manche Artikel zu teuer gewesen wären, denn die beginnende Knappheit und Teuerung der begehrtesten Lebensmittel, Butter und Wurst, machte sich schon genügend fühlbar.

Trotz der schwierigen Verhältnisse kam das veraltete Sprichwort: „Gute Ware bricht sich allein Bahn!“ wieder zu Ehren. Es war nämlich, zum Glück für die Verbraucher, ziemlich scharfe Konkurrenz am Orte: einmal die Kantine eines Landsturmbataillons, deren Leitung ihre Einkäufe direkt in Deutschland tätigte; zweitens ein mit Warenhandlung verbundenes „Deutsches Wirtschaftshaus“. Als jedoch dessen Inhaber selbst Soldat werden mußte, wurde kein neuer „Zivilmarkentender“ zugelassen, sondern der Betrieb des „Deutschen Wirtschaftshaus“ wurde vom Landsturmbataillon übernommen. Es soll überhaupt der Zweck dieser Zeilen sein, auf das System hinzuweisen, welches offensichtlich dahin ging, die in der ersten Zeit (und Aufregung) zugelassenen Zivilmarkentender bei der erstbesten Gelegenheit abzuschließen und deren Geschäfte auf Rechnung einer mehr oder minder großen Allgemeinheit weiterzuführen. Ich habe außer dem vorstehend erwähnten noch folgende Fälle aus eigener Anschauung kennen gelernt:

Konferenz der Sozialistischen Neutralen.

Saag, 2. August. (Fig. Ber.)

Die Vormittags-sitzung tagt unter Vorsitz des Genossen Eliegen. Aus Christiania ist ein Bericht der norwegischen Delegation angelangt, wonach sie ihre Pässe erhalten hat — aber zu spät. Der spanische Delegierte telegraphierte aus London, daß er keine Schiffsgelegenheit gefunden hat.

Der Bericht der ökonomischen Kommission.

Wibaut berichtet über die einstimmige Annahme der — von uns schon mitgeteilten — Resolution. Die Kommission verheißt sich nicht, daß ihre Beschlüsse von einer gewissen Kühnheit sind. Bisher hat man sich in der Sozialdemokratie nicht mit voller Entschiedenheit für den Freihandel ausgesprochen, sondern beide handelspolitischen Richtungen im Kapitalismus kritisiert. Hinter dem Freihandel erblickte man das Interesse an niedrigen Löhnen, hinter der Schutzzölnerlei das Interesse an hohen Warenpreisen. Angesichts der Kriegserfahrungen und der zu gewärtigenden Kriegesfolgen sieht sich die Kommission gezwungen, rückhaltlos für den Freihandel einzutreten. Wohl sind in der Kommission Fragen aufgeworfen worden, wie z. B. ob man nicht einen Vorbehalt für Erziehungszölle machen solle. Doch bekam der Frager die Antwort, daß derart künstlich gezüchtete Industrien nie voll auszuwachsen. Je mehr sie wuchsen, desto mehr Schutz fordern sie. Die Kommission einigte sich dahin, daß dort, wo eine Industrie wirklich ein vitales Interesse darstellt, der Staat, ohne zum Schutzzoll zu greifen, das Mittel finden wird, sie lebensfähig zu machen.

Ein anderer Einwand war, daß man sich, ohne sich so scharf für den Freihandel auszusprechen, mit einem Protest gegen die in beiden Mächtegruppen auftretenden Pläne wirtschaftlicher Verbände begnügen könne. Aber man kam zum Schluß, daß ein Protest eine leere Phrase wäre ohne scharfe Formulierung der Wirtschaftspolitik des Proletariats. Das System des Boykotts, das in beiden Gruppen vorbereitet wird, würde einen stillen Krieg bedeuten, der die Vorbereitung eines bewaffneten wäre, aber schon während der stillen Periode für das Proletariat unheilvoll wäre. — Der Redner schildert die Gefahren des sogenannten Streikens nach ökonomischer Unabhängigkeit und wendet sich im besonderen gegen die sozialistischen Anhänger der von Kaumann formulierten Ideen. Manche Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte“ haben den Imperialismus und Kolonialismus und das Programm der Selbstgenügsamkeit des deutschen Wirtschaftsgebietes akzeptiert und schrecken auch vor Lebensmittelschellen nicht zurück. Die Berliner Konferenz der deutschen und österreichischen Sozialdemokraten hat wohl keine Beschlüsse gefaßt, aber sich vorbehalten, auf ihren Gegenstand zurückzukommen. Renner akzeptiert unter manchen Einschränkungen ein Programm, das die Kommission als unheilvoll ansieht. Er hält in der Handelspolitik ein dem kapitalistischen Stadium der Trübsis entsprechendes Uebergangsstadium als Vorbereitung zum Freihandel für notwendig. Wir glauben, daß Renner bei seiner Annahme, daß dieses Stadium unvermeidlich sei, nicht Rechnung hält mit der kapitalistischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte, die uns zeigt, daß die internationale Organisation der großen Unternehmungen zunimmt, trotz der nationalen Gegensätze und Gereiztheiten. Nach dem Krieg werden die zerbrochenen Verbindungen zweifellos wieder aufgerichtet. Das von Renner für notwendig gehaltene Zwischenstadium ist tatsächlich schon überschritten.

Eine weitere Frage ist, ob die Entwicklung der Produktionskräfte möglich ist ohne Boykott und Kaumannsche Vorschläge. Es genügt, die Ziffern der Handelsstatistik der englischen Kolonien zu betrachten, um zu zeigen, daß ein System der wirtschaftlichen Trennung und des Boykotts nicht nötig ist, um die Kräfte der Industrie zu beleben. Dieses System des Boykotts droht nicht nur von Seiten Oesterreichs und Deutschlands, sondern hat eine Reihe von Anhängern in England gefunden, besonders den australischen Ministerpräsidenten Hughes, der eine unbestreitbar erfolgreiche Propaganda unternommen hat.

In dem Etappenhauptort . . . war zu Anfang des Krieges die in Westdeutschland bekannte Firma Leonhard Tieg als Großhändler (Korpsmarkentender) zugelassen gewesen; Tieg war aber schon in der ersten Zeit meines Antisemitismus, Ostern 1915, von der Bildfläche des Etappengebietes verschwunden und hatte einem militärischen Etappenmagazin Platz machen müssen. Eine Geldstrafe von 2000 Mark, die die Firma aus irgendeinem Grunde erlitten haben soll, dürfte die Handhabe geboten haben, sie abzuschütteln.

In . . . mußte im Mai 1915 der von der deutschen Verwaltung zugelassene Zigarrenhändler dem Ruße zu den Bahnen folgen; der mit riesigem Umsatz arbeitende Betrieb wurde ebenfalls von der Militärbehörde übernommen.

Ein zu einer Kraftwagenkolonne gehöriger Soldat, in Zivil Delikatwarenhändler, hatte für eigene Rechnung eine Kantine eröffnet; sobald als der Umsatz beachtlich wurde, übernahm flugs der Truppenteil den Betrieb und setzte den bisherigen Inhaber als ehrenamtlichen Geschäftsführer ein.

Diese Beispiele liegen sich noch um ein halbes Duzend vermehren, sollen jedoch mit einem besonders charakteristischen Fall abgeschlossen werden. Ein Zivilmarkentender in . . . war nicht eben gut auf die Militärverwaltung zu sprechen, die zwar seinem Kompagnon die Erlaubnis gegeben hatte, nach Deutschland zum Wareneinkauf zu fahren, diesen aber nicht wieder nach Frankreich zurückließ.

Aus dem Angeführten geht wohl zur Genüge hervor, daß bei der höheren Verwaltung allenthalben die böstliche Absicht besteht, die im Felde stehenden Soldaten nicht durch Markentender ausbeuten zu lassen; — und daß in der ersten Zeit überhaupt Zivilmarkentender zugelassen worden waren, ist bei den vielen Reorganisationen, die der Krieg im Gefolge gehabt hat, gewiß verständlich; doch soweit ich beobachten konnte, geschah bei den aktiven Regimentern und sonstigen in Friedenszeiten bestehenden Formationen der Markentenderbezugs-Kantinenbetrieb von vornherein auf eigene Rechnung. Die dadurch erzielten Ueberschüsse kamen in irgendeiner Form wieder denjenigen zugute, welche durch ihre Einkäufe den Ueberschuß erzeugten. Es wurde von Zeit zu Zeit entweder Wurst, Bier oder Zigarren oder gar Geld an die Mannschaften verteilt, beim Rekrutendepot in der Regel dann, wenn ein Schuß zur Front ging; und da man gar Geld doch nicht essen kann, wanderte der aus der Kantinenkasse erhaltene Betrag sofort wieder ebendort zurück, um Ware dagegen einzutauschen und so durch diesen Kreislauf gleichzeitig wieder den Grundstock zu legen für neuen Ueberschuß, der wiederum an glücklichere Nachfolger zur Verteilung kommen wird.

Während vorstehende Zeilen in Vorbereitung waren, brachte der „Vorwärts“ vom 2. August in dem Artikel „Verwirklichung des Sozialismus“ u. a. den Satz:

Wer die gegenwärtigen Zustände klar zu überschauen vermag, der muß sehen, daß eine scharfe Reizung besteht, den Einfluß des Staates und seiner Unterorgane auf wirtschaftlichem Gebiete rasch zu vergrößern durch Uebernahme eines beträchtlichen Teiles der Güterproduktion und Regelung des Verkehrs mit wichtigen Gütern. Sowohl sozialistische wie bürgerliche Wirtschaftspolitiker verschiedener Richtungen haben die Ueberzeugung bekundet, daß zunächst die Etablierung eines teilweisen Staatssozialismus zu erwarten ist.

Wir müssen der Arbeiterklasse die Notwendigkeit zeigen, sich all diesen Boykottversuchen zu widersetzen. — Der Redner verweist auf die Erklärungen der französischen Fraktion. — Wir müssen den Regierungen eine Freihandelspolitik aufzwingen. Die Kommission folgt anderen Grundfäden als die früheren Freihändler. Der Freihandel hat seinen früheren Charakter verloren, der sich in der Konkurrenz kundgab, die jetzt unter den Kartellen verschwindet. In der sozialistischen Produktion wird die Konkurrenz zu einem bestimmten Grad ausgeschaltet sein, aber nicht wie unter den Kartellen, sondern sie wird der Entwicklung der Produktion dienen. Einen besonderen Wert legt die Kommission auf den letzten Paragraphen der Resolution, der eine Synthese zwischen dem System des vollständigen Freihandels und dem System der von den Sozialisten geplanten Weltproduktion darstellt. Nur ein Produktionsystem, das die Produktion ausschließlich in den Dienst der Verbraucher stellt, kann mit einem vollständigen Freihandel zwischen den verschiedenen Staaten Hand gehen.

Lee: Die amerikanischen Sozialisten haben der behandelten Frage bisher wenig Gewicht beigelegt, weil sie sie nur als Streitfrage zwischen den zwei großen kapitalistischen Parteien: Republikanern und Demokraten betrachteten. Jetzt sieht die Sache anders, da die Frage ein Interesse der internationalen Beziehungen ist und der Zusammenhang von Imperialismus und Protektionismus klar geworden ist.

Dranting: Auch in meinem Lande bestehen Strömungen für den Eintritt in einen großen Staatentwurf. Die neutralen Staaten insbesondere müssen diesen Eintritt ablehnen, der ihre Unabhängigkeit bedroht.

Die Resolution wird von der Konferenz einstimmig angenommen.

Troelsstra: In der Eröffnungssitzung hatte es beinahe den Anschein, als ob über die wichtigste Frage zwei entgegengesetzte Strömungen beständen. In der Kommission zeigte sich, daß das nicht der Fall ist. Nur hat der eine Redner — ich — andere Seiten hervorgehoben als der andere (Dranting). Wir sind zu einer Resolution gekommen, die nicht ein Kompromiß zweier Meinungen ist, sondern unsere gemeinsame Auffassung ausdrückt.

Wir Sozialdemokraten wünschen, daß sobald als möglich Friede werde, aber wir sind keine Träumer und gewohnt, mit den Machtverhältnissen zu rechnen. Wir können nicht darauf rechnen, daß eine Partei ihre Haltung plötzlich wechselt. Wir haben die nationale Idee nie abgewiesen und damit anerkannt, daß die Sozialdemokraten der verschiedenen Länder am Krieg teilzunehmen veranlaßt waren. Wir wissen, daß die Parteien eine verschiedene Stellung haben. Die Franzosen haben eine andere als die Deutschen, weil es Deutschland ist, das den Krieg erklärt hat. Wir wollen nicht sagen, daß die deutsche Partei in einem anderen Sinne aufgefaßt hat als in dem der nationalen Verteidigung. Aber Dranting hat mit Recht auf den Unterschied hingewiesen, damit die Franzosen nicht glauben, daß hier auch nur ein einziger ihre besondere Lage leugnet. — Was die Aussichten des Krieges anlangt, so hatte ich darüber eine Theorie ausgesprochen; aber ich glaube nicht, daß sich die Konferenz über eine Theorie zu äußern hat. Es ist für die französische Partei viel schwerer als für die deutsche, sich zu sofortigen Friedensunterhandlungen in der Internationalen bereit zu erklären. Ihr Land ist besetzt. Soll das für sie ein Hindernis sein? Die Nationalisten werden darüber sicher ein Geschrei erheben. Aber ich vertraue darauf, daß die Mehrheit der französischen Partei bedenken wird, daß die deutsche Sozialdemokratie dem deutschen Heer nicht die Marschroute vorgezeichnet hat und daß sie für die Invasion Frankreichs und Belgiens nicht verantwortlich ist. Man muß sich, um zur Einigung zu kommen, über die Rollage, worin alle Parteien waren, Rechenschaft geben.

Ein zweiter Unterschied liegt hierin: Die französische Partei hat politische Macht und Beteiligung in der Regierung. Dranting fürchtete, daß sie diese ihre Stellung in der Regierung kompromittieren könnte. Ich erkenne die Bedeutung der Tatsache an, daß Sozialisten in Frankreich Minister sind. Das gibt der Partei eine Macht, die vom Gebrauch abhängt, den die sozialistischen Minister von ihrer Stellung machen. Die Männer, die heute dieses Amt haben, sind uns seit langem vertraut. Es ist bedauerlich, daß die Sozialisten in Deutschland nicht diese Macht haben, daß

Nun, eine trefflichere Illustration zu diesen Sätzen, als die vorstehend aus ganz anderen Gründen gegeben, kann es wohl kaum geben. In gleicher Weise liegen sich andere, in dem letztgenannten Artikel rein theoretisch errechnete Folgergebnisse des möglicherweise kommenden Staatssozialismus durch Beispiele aus der Praxis erhärten. Vielleicht ein andermal mehr davon. (2)

Kino-Schund.

Ludwig Frank als Kino-Held.

In der „Dresdener Volkszeitung“ lesen wir: Mit seinem Roman Boubard und Réuchet wollte Gustav Klaubert eine Geschichte der menschlichen Dummheit geben. Ein ähnlicher Meister müßte kommen, um eine Geschichte der menschlichen Dummheit im Kriege zu schreiben, das will sagen: eine Geschichte aller der ungläublichen Geschichten, die während des Krieges kritisch verbreitet, kritisch geglaubt werden. Stets arbeitet die freischaffende Phantastie einer gewissen geistig minderbemittelten Schicht in Kriegszeiten unendlich lebhafter als dann, wenn die Menschen in ihren Betten sterben, und nach jeder Feldzug seit dem Siebenjährigen Kriege hat mit der Legende begonnen, daß der Gegner die Brunnen vergiftet habe, mit Arsenik jagte man früher, mit Choleraabazillen erzählte man 1914. Aber heute erlebt eine Generation die atemberaubenden Geschehnisse des Krieges, die durch den Nientopp an viel atemberaubendere Ereignisse gewöhnt und deshalb abgebräutet ist. Ihr ist der nächterne, nackte Tagesbericht, obgleich jedes seiner Worte — wie sehr! — mit Blut geschrieben ist, zu einfach und langweilig. Ihre verdeckte Reugier will auch den Krieg knospiert erleben, und da der große Zusammenprall der Völker Europas verdammt wenig Romantisches im Sinne des Nientopp an sich hat, da die Schlacht eine exakte und unpersonliche Maschinenarbeit geworden ist, da sich unsere Soldaten nicht als Helden, überglänzt von bengalischem Licht, fühlen, sondern wie es einer ihrer gut gekennzeichneter hat, als Handwerker der Vernichtung, erfindet eine schändliche Phantastie wild darauf los. Noch keine Tat, noch keine hervorragende Persönlichkeit des Krieges, die nicht in der üblichsten Weise romantisiert, sentimentalisiert und verklärt worden wäre!

Da ging Ende August 1914 Ludwig Frank als Kriegsfreiwilliger hinaus. In seinem ersten Gefecht traf ihn die Kugel in die Schläfe. Eine herbe und große Tragik lag um diesen Tod. . . Wenn im Nientopp ein Mann für eine Idee stirbt, würde der Zuschauerraum preisen, trampeln, jubeln; die Kasse würde gestürzt werden von all denen, die ihr Eintrittsgeld zurückverlangten! So arbeitete denn die Phantastie, arbeitete fieberhaft, verarbeitete Frank zum feurigen Liebhaber (mit der Schmachtlode) eines Generalstörchens. Als er um die Holde freite, habe der Vater, ein alter Grimmbar, dem Sozialdemokraten die Tür gewiesen: „Nur einem Offizier gebe ich meine Tochter!“ Da kam der Krieg, Frank jauchzte auf und meldete sich, um sich vor dem Feind die Epauletten zu verdienen und die Geliebte dann heimzuführen. Aber ach! es sollte nicht sein, die Kugel traf ihn, und das Bild der blonden Leonore an die Lippen pressend, verschied er. Apotheose! So war die Sache im Lot. In der Geschichte hegte die nötige Menge sentimentaler Schmalzes, Frank war der rechte „romantische“ Held geworden, über den sentimentale Waffischen Tränen der Nahrung vergießen können. Daß man durch diesen großen Unfug das Andenken des Mannes beschimpft, was kümmert das die Macher? Sehen Sie, das ist ein Geschick. . . (2)

ke im Reichstag wohl plädieren, aber keine Bedingungen stellen. Die Politik der deutschen Partei ist schwach, das muß hier gesagt werden. Wir hoffen, daß das in der Zukunft anders wird. Die Franzosen aber werden ihre Machtposition in der Regierung wohl behalten, wenn die Kraft ihrer Partei ungeschwächt bleibt.

Branting meinte, es werde in der Sitzung des Bureaus zu einer Abrechnung zwischen den Franzosen und den Deutschen kommen. Dieses Wort möchte ich etwas erläutern. Ich gebe zu, daß eine Auseinandersetzung der Deutschen — auch mit den Belgiern — unerlässlich geworden ist. Das ist sicher bedauerlich, aber es ist eine Tatsache. Aber gerade daß die Franzosen wissen, daß eine solche Abrechnung stattfinden kann, kann sie dazu veranlassen, sich mit den Deutschen zusammenzusetzen. Betrugsdreier wird es sicher geben, aber das war immer so, wenn sie für den Frieden kämpften. Naures hat das stets aufs neue erlebt.

Die politische Machtlosigkeit der deutschen Sozialdemokratie drückt jetzt noch schwerer als früher auf die ganze Internationale. Es wird in ausländischen Parteien oft gesagt, daß Deutschland besiegt werden müsse, damit der Absolutismus in Deutschland vernichtet werde. Der Absolutismus kann aber nur durch das deutsche Volk, durch die deutsche Sozialdemokratie selbst vernichtet werden. Aber weder die Mehrheit noch die Minderheit hat bisher das erlösende Wort gesprochen und erklärt, daß es notwendig sei, nicht nur für soziale Reformen zu kämpfen und daneben nur marxistische, quasi revolutionäre Resolutionen anzunehmen, sondern ein politisches System abzuschießen, das dem Stadium der Agrarperiode entspricht und für Rußland paßt, nicht für Deutschland. Wir Neutralen wollen ihnen sagen, daß der Kampf gegen diese Rückständigkeit nicht nur für sie selbst, sondern auch für uns notwendig ist. Der Entschluß der deutschen Sozialdemokratie, für die Einführung des parlamentarischen Regimes zu kämpfen, wird die Einmütigkeit der Internationale am besten herstellen.

Ich glaube, der Augenblick ist für den Frieden günstig. Der Kriegsverlauf hat bewiesen, daß die Selbstständigkeit und Freiheit Deutschlands nicht gefährdet und die Fortsetzung des Kriegs für die Verteidigung Deutschlands nicht notwendig ist. Es ist die Zeit gekommen, wo sich die deutsche Partei wie 1870 fragen muß, ob der Krieg noch ein Verteidigungskrieg ist, und dementsprechend handelt.

Die Entente ist in diesem Augenblick scheinbar strategisch in einer weniger günstigen Lage. Aber die Kriegslage zeigt nicht das Bild der politischen Machtverhältnisse. Deutschland hat angegriffen, und der Angriff auf Frankreich ist nicht gescheitert. Deutschland hat also nicht gewonnen. Dazu kommt die ökonomische Situation. Ist das nicht eine günstige Lage für Unterhandlungen — für Sozialdemokraten natürlich! Die Kommission glaubte einstimmig, daß dies der Fall sei. Eben weil wir keinen Frieden um jeden Preis wollen, darum wollen wir den Frieden jetzt, und darum müssen die sozialistischen Parteien anfangen zu verhandeln.

Das sozialistische Friedensprogramm fordert: möglichst weitgehende internationale Abrüstung, Unabhängigkeit der Staaten, eine internationale Rechtsordnung zwischen den Staaten und — auf ihrer Grundlage — Lösung aller Konflikte. Es sind das Forderungen, die allen Parteien gemeinsam sind. Daneben gibt es nationale Fragen. Ihre Lösung liegt in der dezentralisierenden demokratischen Staatsverfassung. Hier liegt die Sicherheit auch für die nationalen Minderheiten, z. B. in einem wiederhergestellten Polen.

Was Elsaß-Lothringen anlangt, soll die deutsche Partei anerkennen, daß es eine solche Frage gibt, und darüber mit der französischen verhandeln. Ich bin überzeugt, daß sie zu einem einmütigen Beschluß kommen werden wie vor dem Krieg.

Um diesen Weg zu gehen, ist ein starker Einfluß und die direkte Teilnahme der Parteien bei den Friedensverhandlungen nötig.

In Frankreich ist dafür gesorgt, in Belgien und England braucht deswegen keine Sorge zu bestehen. In Oesterreich haben wir die Erscheinung, daß das Parlament noch nicht zusammenberufen worden ist, und das gibt wenig Hoffnung auf diese sonst so tüchtige Partei. Wäre sie sich aufrufen! Die deutsche Partei wird hoffentlich dafür sorgen, daß der Frieden nicht von Bethmann Hollweg allein gemacht wird. Wir müssen in allen Ländern unsere Energie auf den Frieden konzentrieren. Denn wenn er ohne uns gemacht wird, sind die Resultate von Jahrzehnten proletarischer Arbeit in Frage gestellt. Eine solche Krisenspannung erscheint vielleicht utopisch in einer Zeit, wo soviel Genossen in den Schützengräben und die Parteien im Bürgerkrieg sind. Aber hat die Geschichte dieses Kriegs in allen Ländern die Bedeutung der Arbeiterbewegung erwiesen? Ohne ihre Unterstützung wäre das Regieren unmöglich gewesen. Wir haben nicht im trüben Wasser fischen wollen und alle unsere Kraft und Energie in den Dienst des Volkes gestellt. Wir fordern keinen Dank, aber wollen, daß die Regierungen die Dinge sehen, wie sie sind, und erkennen, daß wir uns keine Ausschließung von den Friedensverhandlungen gefallen lassen müssen.

Die holländische Delegation forderte auch die Zulassung der neutralen Staaten. Sie können den Zustand objektiver sehen und mäßigend wirken, und auch ihre Interessen sind beim Friedensschluß im Spiel.

Wir Neutralen haben dann und wann von unseren kriegsführenden Genossen bittere Worte hören müssen. Wir wären „Krämer“, Heuglinge und dergl. Das Bourgeois das sagen, begreife ich, wenn aber Sozialisten das tun, haben sie nicht über die politische Bedeutung der Neutralität nachgedacht. Unsere Neutralität ist kein Verdienst, sondern ein Glück, aber sie ist das einzige Mittel, um unseren Internationalismus wirksam zu machen. Das soll man würdigen. Unser Herz glüht vor sozialistischer Liebe für alle Proletariat und darum freuen wir uns, daß wir von unseren Regierungen nicht mit in dieses Morde hineingedrängt wurden.

Unsere Resolution spricht der Exekutive ihre Anerkennung aus. Wir haben viele Anklagen gegen sie gehört, so besonders in Zimmerwald. Ein österreichischer Genosse schrieb, daß Internationale Sozialistische Bureau bograde sich in seinen Archiven. Wir haben keine — sie sind in Brüssel. (Weiterkeit.) Dieser Genosse sollte bedenken, daß ein Körper, der Parteien vertritt, die im Krieg nicht einmal in ihren Parlamenten zusammenkommen, gelähmt wird.

Der Redner wendet sich weiter gegen jene, die dem demütigten Zustand Gebrauch machen wollen, um im trüben Wasser zu fischen. Es gibt in der Internationale immer keine Gruppen, die in der Internationale und in der Welt kein festes Domizil haben und jahrelang außerhalb ihres Landes Politik treiben. Es gibt Leute, für die die Sozialdemokratie eine dramatische Erscheinung ist und die dann und wann das Bedürfnis haben, wie Juchauer im Theater zu applaudieren. In einer so problematischen Zeit wie der jetzigen ist es für entwürdigte Leute leicht, neue Theorien und Erfindungen zu machen. Wir aber, die die Partei aufbauen geholfen haben, sind verpflichtet, die Verantwortlichkeit für das, was sie sagen und tun, gut zu erwägen. Wir in Holland haben glücklicherweise die Erfahrung gemacht, daß unsere Arbeiter zu gut geschult sind, um so leicht gegen uns mobilisiert zu werden. Das Internationale Sozialistische Bureau ist der Mandatar aller Parteien, das Zentrum der Internationale gebildet. Wir bleiben die Adresse der Internationale.

Diese Konferenz kann freier sprechen als das Sekretariat, und das einzige, was wir vorsichtigerweise tun konnten, war, Sie einzuberufen. Ich bin aber überzeugt, daß die richtige, erste und brüderliche Weise, worin sich diese Konferenz ausgesprochen hat, eine große moralische Wirkung üben wird, auch auf die französischen Sozialisten, um zu einer neuen Einberufung einer Vollversammlung des Bureaus zu kommen. Die Konferenz spricht daher den Wunsch aus, daß sobald wie möglich eine Sitzung des ganzen Bureaus einberufen werde. Ich hoffe, daß sich die feindlichen Brüder dort finden werden. Das kann nur geschehen, wenn wir daran denken, daß uns sonst der Frieden überrumpeln könnte, ohne daß wir uns beraten haben. Welches Unglück würde das sein! Welche Partei

sollte die Mitarbeit verweigern, um dieser Gefahr vorzubeugen? So hoffen wir, daß Sie bald wiederkommen, mit den Brüdern aus allen Ländern, den Vertretern der Internationale! (Beifall.) (2)

Nachmittagsführung.

Branting: Ich freue mich, mich den Ausführungen Troelstras voll und ganz anschließen zu können. In der Kommission gab sich die Gleichheit der Anschauungen kund, wobei natürlich noch Verschiedenheiten in der Färbung blieben. Differenzen betrafen nur persönliche Anschauungen, die der Präsident der Kommission geäußert hatte. Ich glaube, daß die Resolution gegenüber der Kopenhagener darin einen Fortschritt bedeutet, daß wir die Verhältnisse besser kennen gelernt und konkreter gesprochen haben. Sicher betrachten wir den Kapitalismus und Imperialismus als Grundursache des Kriegs, aber wir verlernen nicht, daß auch eine geschichtliche Schuld vorliegt und daß daraus für die Weltgeschichte bestimmte Konklusionen gezogen werden müssen. Die Resolution legt mehr Gewicht auf die politischen Ursachen. Die Stelle über den Absolutismus und die Volksherrschaft gibt einen Wegweiser für die ausländischen Parteien, im besonderen die deutsche. Wir haben einstimmig auf die politische Machtlosigkeit der deutschen Sozialdemokratie hingewiesen. Ferner sind wir mehr auf die nationalen Fragen eingegangen. Es ist ein Fortschritt, daß wir die sicherlich heikle Elsaß-Lothringische Frage auf einer neutralen Konferenz berührt haben. Natürlich wollen wir keine Lösung geben, aber auf die Möglichkeit einer Verständigung hinweisen. Wir sehen die großen Schwierigkeiten, aber wir sagen den deutschen Genossen, daß wir dem Standpunkt nicht beitreten können, daß es eine Elsaß-Lothringische Frage nicht gibt. — Der Redner spricht vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen und bespricht den Fall Vattisi in diesem Zusammenhange. — Wenn die Konferenz nichts anderes getan haben wird, als die Parteien dazu gebracht zu haben, sich zu sorgen, daß sie nicht von den Friedensverhandlungen ausgeschlossen bleiben, wird sie schon ein Werk von dauernder Bedeutung vollbracht haben. Der wichtigste Punkt aber ist dieser: Ich habe die relative Berechtigung des Standpunktes der französischen Sozialisten betont, aber wir sind nun so weit, uns zu fragen, ob nicht eine Revision ihrer Anschauungen eintreten kann. Uns allen ist die Hauptsache, daß die Internationale wieder funktionieren kann, und ich glaube, wenn die Franzosen unsere Resolution lesen werden, werden sie wohl finden, daß wir ihnen den Weg zu einer internationalen Konferenz erleichtert haben. Die Art, wie wir ihre besondere Stellung in der Elsaßfrage behandelt haben, wird wohl manchen Stein aus dem Wege räumen. In der Resolution wird deutlich von der Schlichtung der bestehenden Konflikte gesprochen, darin liegt eingeschlossen, daß eine Aussprache über das Gesehene stattfinden. Man hat das Wort „Abrechnung“ beanstandet und an seiner Stelle „Auseinandersetzung“ vorgeschlagen; ich will gern dieses Wort anwenden, meine aber doch, daß es eine Abrechnung werden muß.

Die Franzosen müssen nun selbst überlegen, ob sie gegenüber der öffentlichen Meinung ihres Landes diesen Schritt tun können. Wir würden es sehr wünschen, daß sie diesem Bedenken nicht über Gebühr Raum geben und auf Vorgegriffe nicht Rücksicht nehmen. Sie sind es ja auch gewohnt, durch die Nationalisten angeklagt zu werden. Etwas anderes ist die Meinung eines großen Teils des Volkes. Aber es würde in der Tradition ihrer größten Toten, Jaures und Bailant, liegen, diese Frage noch einmal zu erwägen. Auch die militärische Lage kann sie zu Unterhandlungen mehr geneigt machen. — Die Resolution hat auch den Vorschlag, daß sie programmatische Änderungen über unsere Stellung zum Krieg und die Pflicht der nationalen Verteidigung ablehnt, ohne einer späteren Prüfung zu präjudizieren.

Der Redner schließt mit einer Würdigung der Tätigkeit des Internationalen Bureaus im Interesse der Aufrechterhaltung und Erneuerung der internationalen Beziehungen. Er hofft, daß die Fortsetzung dieser tatvollen und vorsichtigen, aber energiegelanten Tätigkeit die Wiederherstellung der gemeinschaftlichen Arbeit der Internationale bewirken wird.

Van Hol, der sich Troelstras Worten, daß der Augenblick für eine Friedensaktion gekommen sei, anschließt, betont in besonderer die Notwendigkeit der Politik der offenen Tür in allen Kolonien und Protektoraten. Er hofft auf eine baldige Vollziehung.

Die Resolution wird einstimmig angenommen. Der Vorsitzende biligt, daß diese Tatsache Eindruck machen wird.

Genosse Edo Timmen legt namens des Gewerkschaftsbundes eine Erklärung vor, die sich gegen den auf der Konferenz in Leeds geplanten neuen internationalen Gewerkschaftsbund wendet. Die Erklärung sagt:

„Ich bin überzeugt, auch im Namen der Gewerkschaften der Länder, deren sozialistische Parteien auf dieser Konferenz vertreten sind oder hätten vertreten sein sollen, erklären zu dürfen, daß sie eine Internationale der Gewerkschaften ebenso wie eine sozialistische Internationale zurückweisen, die die Kameraden eines Landes im voraus ausschließen sollte. Daneben wünsche ich namens der Gewerkschaftsvertreter der niederländischen Delegation nachdrücklich zu erklären — und ich hoffe auch jetzt wieder im Namen der Gewerkschaften der anderen neutralen Länder sprechen zu können —, daß jede Bestrebung der gewerkschaftlichen Bewegung, um abgegrenzt, neben und abseits von der sozialistischen Internationale die Agitation für den Frieden zu treiben, die Kraft der Arbeiterbewegung und ihren Kampf für das ersehnte Ziel schmälern muß. Nur zusammen mit der politischen Partei der Arbeiterklasse, national und international verbunden, werden die Gewerkschaften imstande sein, diese Aufgabe zu erfüllen.“

Darauf werden Resolutionen zugunsten Liebknechts und gegen die Verurteilung der schwedischen Propagandisten Böglund, Segen und Ohlgand angenommen.

Wiegen spricht das Schlusswort, worin er u. a. Dubsman für seine selbstverleugnende Tätigkeit in den letzten zwei Jahren dankt. (2)

Politische Uebersicht.

Der „Reichsbote“ gegen den Reichskanzler.

Der fromme „Reichsbote“ unternimmt es in seiner Nummer von Dienstag abend, seine Leser mit den Gedankenängsten der Schrift von Junius alter und der Denkschrift von Rapp bekannt zu machen, die, wie in der Presse berichtet wurde, von „Drei Deutschen“ in Massen überall verbreitet werden. Allerdings übt das Blatt an den beiden Schriften eine gewisse Kritik, im allgemeinen jedoch kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der „Reichsbote“ für die in diesen Schriften geübte Kritik an dem Reichskanzler recht viel Sympathie übrig hat. Das Blatt zitiert aus der Einleitung der Broschüre von Junius alter folgenden Satz:

„Von allen Kriegszieleforderungen, die im Verlaufe des deutschen Daseinskampfes erhoben worden sind, erscheint das Verlangen nach der Beseitigung dieses Kanzlers als die allerdinglichste, denn von keinem anderen Feinde droht uns in den nächsten Jahren eine auch nur annähernd so ernste Gefahr, wie sie eine weitere Kanzlerschaft Herrn v. Bethmann Hollwegs bedeutet. Mag er persönlich das Beste wollen — was nützt dem Reiche ein Geist, der stets das Gute will und stets das Böse schafft?“

Aus der Denkschrift von Rapp zitiert das Blatt folgende fünf Hauptursachen, in denen heute das Mißtrauen „in weiten getreuen Kreisen des Volkes“ gegenüber der politischen Leitung seine Begründung finde:

1. Der Verzicht auf die Anwendung einer Waffe gegen England, die die verantwortlichen Hochmänner als bestimmt erfolgreich bezeichnet haben, und damit der Verzicht auf den Sieg über England;

2. die Verlängerung des Kriegs gerade dadurch, daß wir die Waffen in unserer Hand nicht brauchen, sondern uns durch Verhandlungen unter Preisgabe unserer Ehre in eine immer ungünstigere Position haben bringen lassen;

3. die noch dazu schon heute öffentlich vor Beginn aller Verhandlungen, mitten im Kampfe erklärte Bereitwilligkeit, Belgien unter lediglich negativen Garantien herauszugeben, und damit der Verzicht auf die unbedingt notwendige Verstärkung unserer Machtgrundlage;

4. die Setzung von Kriegszielen im Osten, die nicht nach unseren militärischen, wirtschaftlichen und nationalen Interessen bemessen sind, sondern in unklarer Weise unter Hineinziehung innerpolitischer Momente die Befreiung der Fremdstämmigen als unsere Hauptaufgabe hinstellen;

5. das völlige Versagen unserer Volks-Ernährungspolitik und der trotz aller unserer Waffenerfolge sich daraus ergebende Zwang zu einem vorzeitigen unzulänglichen Friedensschluß.“

Vom fünften Punkt dieser Anklage sagt der „Reichsbote“, daß er weit über das Ziel hinausschieße. Auch sonst drückt er einen leisen Zweifel aus, ob es die Kritiker besser machen würden, da es unendlich viel leichter sei, zu kritisieren, als besser zu machen. Im großen und ganzen jedoch schließt sich der „Reichsbote“ der Kritik der Kanzlerfronte an.

„Auch wir sind“, schreibt er, „der Ansicht, daß in unserer äußeren Politik nicht wenige und nicht kleine Fehler gemacht worden sind, freilich nicht erst und nicht allein unter Bethmann Hollweg. Die Versöhnungsbestrebungen und offenbar nicht sehr geschickt geführten Verständigungsverhandlungen haben wohl mehr geschadet als genützt. . . . Auch unser Auftreten gegen Amerika hätte von Anfang des Kriegs an ein anderes, entschiedeneres sein müssen. Vielleicht hätte sich dann später manches leichter gemacht, hätte Wilson sich nicht in so anmaßender Weise in unsere Angelegenheiten einzumischen gewagt, hätten wir uns die Demütigung sparen und den U-Bootkrieg unbehindert führen können. Weiter liegt auch darin ein berechtigtes Moment der Kritik, daß es besser gewesen wäre, die Kriegsziele nach Westen mindestens ebenso scharf und bestimmt zu umgrenzen als nach Osten, zu betonen, daß das Deutschland sich nur wird erhalten und durchsetzen können, wenn wir aus diesem Krieg mit einer starken, festen Stellung dem Anglo-Amerikanertum gegenüber hervorgehen. Wir erlangen diese Stellung, wenn nicht England, sondern wir die Vormacht von Völkern werden.“ So hat es Großadmiral v. Tirpitz erst dieser Tage wieder ausgedrückt.“

In diesen Sätzen ist so ziemlich alles zusammengefaßt, was von konservativer und nationalliberaler Seite nach wie vor gegen die Politik des Reichskanzlers gesagt wird. Trotz aller Abschwächungsversuche und Milderungen der äußeren Form des Kampfes sind Rapp und Junius alter noch heute die „Theoretiker“ jener Kreise, die zäh und unermüdbar gestützt auf die Macht einflussreicher Kreise und die Werbestraft solcher Männer wie Tirpitz und Köster, die Regierung ihrem Willen gefügig zu machen suchen.

Der Bundesratsausschuß für den Reichskanzler.

München, 9. August. (B. T. V.) Die „Bayerische Staatszeitung“ schreibt über die Tagung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten: Wie wir erfahren, tagte im Reichskanzlerpalais in Berlin gestern nachmittag und heute vormittag unter Vorsitz des bayerischen Staatsministers Dr. Grafen v. Hertling der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten, der während des Kriegs schon wiederholt zusammengetreten war, um von Zeit zu Zeit Mitteilungen des Reichskanzlers über die allgemeine politische Lage entgegenzunehmen. Der Reichskanzler gab auch diesmal eine eingehende Darstellung der gesamten politischen Lage, wobei alle schwebenden Fragen zur Sprache kamen. Der Bundesratsausschuß begegnete sich mit dem Reichskanzler in unerschütterlicher Siegeszuversicht und gab seiner vertrauensvollen Zustimmung zu der von dem Reichskanzler vertretenen Politik einmütigen Ausdruck.

Keine Aussicht auf Frieden?

Der ungarische Journalist Viktor hat mit dem Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Zimmermann, eine Unterredung über die Friedensmöglichkeiten gehabt, die im „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht wird. Auf die Frage, ob Friedensverhandlungen in Aussicht ständen, äußerte Herr Zimmermann:

„Der Zeitpunkt zu solchen Gesprächen ist noch nicht gekommen. Wir haben keinen Anlaß, uns jetzt mit dieser Frage zu beschäftigen. Sie wissen ja, wie auf der Gegenseite jedes Wort, das in dieser Richtung gesprochen wird, ausgenutzt wird, um die mutlos und müde gewordenen Völker der Entente wieder aufzupeitschen. Soviel kann ich sagen, daß wir in keinem Stadium des Kriegs mit fremden Staatsmännern über Friedensbedingungen verhandelt haben. Im Bewußtsein unserer Stärke und auf Grund unserer Erfolge haben wir aber mehrmals unsere Bereitwilligkeit erklärt, in Friedensverhandlungen einzutreten, das ist ja allgemein bekannt. Bekannt ist auch, daß die Entente unter englischem Druck eine gleiche Bereitwilligkeit nicht gezeigt hat. Damit hat sie die volle Verantwortung für das weitere Blutvergießen auf sich genommen. Die Entente lebt in dem Wahn, daß sie mit der jetzigen Offensive ihre Lage verbessern könnte. Wir haben die feste Ueberzeugung, daß die eiserne deutsche Mauer im Westen nicht zu erschüttern ist, und daß uns im Osten noch neue Erfolge erwarten. Ehe die Feinde sich nicht durch das Scheitern ihrer Anstrengungen davon überzeugt haben, daß sie an der militärischen Lage nichts mehr zu ihren Gunsten ändern können, hat es gar keinen Zweck, sich mit der Frage der Friedensausichten zu befassen. Wir müssen abwarten, bis dieser Wahn bei der Entente verflogen ist, und wir sind dazu in jeder Weise in der Lage. Unsere Ernte wird ja England auch darüber belehren, daß es auch mit der Hungerblockade nichts ist.“

Auf die weitere Frage, ob es nicht schrecklich sei, daß jedes weitere Blutvergießen nur noch eine Prestigefrage sei, antwortete der Unterstaatssekretär:

„Vom allgemeinen menschlichen Standpunkt ist das allerdings ganz richtig, aber unsere Feinde haben von Anfang an diesen Standpunkt außer acht gelassen. Die Zentralmächte haben durch ihre Siege gezeigt, daß sie die Beherrscher der Kriegslage sind, und es ist Sache ihrer Feinde, daß sie mit törichten Redensarten, wie Hungern oder Blockade, den Krieg nicht überflüssigerweise noch in die Länge ziehen.“

Schließlich gab der Unterstaatssekretär noch seiner Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß England bei der jetzigen Offensive seine ganzen Kräfte eingesetzt hat, und daß es fraglich sei, anzunehmen, daß England gleichgültig zuzusehen werde, daß jetzt seine eigenen Söhne geopfert werden, wie bislang die seiner Verbündeten.

Das nationalliberale Kriegsziel.

Generalsekretär der nationalliberalen Partei Dr. Hugo hielt in Osnabrück eine Versammlung ab, welche in ihrer Entschiedenheit der festen Ueberzeugung Ausdruck gab, daß Deutschland in dem ihm durch Englands Schuld aufgezwungenen Weltkrieg nur dann einen Frieden erringen kann, der die unsagbar großen Opfer an Gut und Blut durch Sicherung der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands lohnt, wenn England unter rücksichtsloser Benützung aller verfügbaren Kampfmittel niedergeworfen wird.

Der „Avanti“ zur Kündigung des deutsch-italienischen Handelsvertrags.

Nach einem telegraphischen Bericht der „Rdn. Ptg.“ behandelt der „Avanti“ eingehend die Kündigung des deutsch-italienischen Handelsvertrages und die künftige wirtschaftliche Freiheit Italiens, wobei er einen sehr bemerkenswerten Pessimismus zum Ausdruck bringt.

Das Blatt beschäftigt sich mit den Ausführungen der Regierungsblätter, die unter Aufwand von vielen Worten nachweisen wollten, die Kündigung des italienisch-deutschen Handelsvertrages werde Italien zu seiner wirtschaftspolitisch vollkommenen Handelsfreiheit verschaffen. Das „Giornale d'Italia“ hat ausdrücklich versichert, Minister Dancos habe bei seiner Rückkehr von Paris nach dem Sturz des Kabinetts Salandra dem neuen Ministerpräsidenten Vosselli mitgeteilt, es sei der Wille der Verbündeten, ein wirtschaftliches System auszuarbeiten, das jedem der Verbündeten gerecht werden würde usw. . . . Und Vosselli, kaum ans Ruder gelangt, habe sich beeilt, nach dem Willen der Verbündeten, der auf der Pariser Wirtschaftskonferenz zum Ausdruck gekommen sei, zu handeln. Auf Grund dieser Tatsachen könne natürlich niemand mehr an der vollkommenen Freiheit zweifeln, unter welcher die italienische Regierung die Kündigung des Handelsvertrages mit Deutschland beschloffen habe. Noch weniger sei ein Zweifel an der tatsächlichen und überaus erspriechlichen wirtschaftlichen Freiheit gestattet, welche Italien nach dem Kriege England und Frankreich gegenüber beschaffen sein werde, deren Märkte die einzigen in Europa seien, welche Italien dann noch offen stehen würden, während es doch eine Erfahrungstatsache sei, wie wenig sie bisher an italienischen Erzeugnissen und insbesondere von der italienischen Erzeugung an Agrarprodukten bezogen hätten. Der „Avanti“ legt daher den sozialistischen Abgeordneten die Einreichung folgender Interpellationen an die Regierung nahe: 1. Welche Vorkämpfer hat Italien auf den verschiedenen Pariser Konferenzen erhalten, um für das, was an italienischer Ausfuhr nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn notwendigenweise verlorengehen wird, auf den englischen, französischen und russischen Märkten Ersatz zu bekommen? 2. Hat man daran gedacht, von Frankreich für die Ausfuhr italienischer Agrarprodukte die Abschaffung des bestehenden Zolltarifs zu verlangen, der es bisher ermöglichte, daß die italienischen Lebensmittel von denjenigen spanischer und südamerikanischer Herkunft auf den französischen Märkten leicht aus dem Felde geschlagen werden konnten, und hat man daran gedacht, für Frankreich die Weißbrotbegünstigungsklausel zu fordern, wie es unter Verbündeten nur natürlich wäre? Der „Avanti“ macht schließlich darauf aufmerksam, daß die ganze Frage der Kündigung des Handelsvertrages politisch auch deshalb sehr folgenreich sei, weil die Regierung damit begonnen habe, so wichtige Fragen wirtschaftlicher Natur der Behandlung durch das Parlament zu entziehen, und zwar habe dies gerade das Kabinett Vosselli getan, welches versprochen hätte, nichts ohne das Parlament zu tun. Zudem habe Sonnino unter dem Befehl des Parlaments in der letzten Apriltagung ausdrücklich versichert, daß die Regierung in keinem Falle irgendwelche Verbindlichkeiten hinsichtlich des künftigen Zollregimes eingehen, ohne das Parlament zu befragen. Wahrscheinlich werde nun die Regierung mit der Andrede kommen, es handle sich lediglich um die Lösung alter Verbindlichkeiten und nicht um die Einreichung neuer. Wenn auch alle anderen Parlamentsgruppen mit dieser sachlichen Auslegung durch das Ministerium der nationalen Einheit einverstanden sein sollten, so werde sich doch die sozialistische Gruppe mit aller Energie dagegen zu wehren wissen.

Haag oder Zimmerwald?

In dem Samaraer Arbeiterblatt „Solo Truda“ („Stimme der Arbeit“), das an Stelle des inhibierten „Maja Solos“ erscheint, finden wir in der Nummer vom 21. Juli einen interessanten Artikel über die Methoden des Wideraufbaus der Internationale. Ausgehend von einer vergleichenden Untersuchung des Mai-Manifestes des Exekutivkomitees des Internationalen Bureaus und der Beschlüsse der Antikriegskonferenz kommt der Verfasser zu einer Ablehnung des Standpunkts des I. S. W., soweit er in dem erwähnten Manifest Ausdruck gefunden hat.

Die Internationale — schreibt er — kann nicht wieder hergestellt werden auf dem Boden, den die deutsche und französische „Reinheit“ und ihre Gesinnungsgenossen in den anderen Ländern eingenommen haben und den das Haager Bureau mit seiner Autorität sanktioniert. Die Praxis der „heiligen Einigkeit“ und der Besorgung „militärischer“ Aufgaben schließt die Möglichkeit einer dauerhaften internationalen Verständigung aus. Die „Entente-Sozialisten“ können sich nicht mit der deutschen „Reinheit“ vereinen und umgekehrt, so lange die eine und die andere Seite sich „militärische“ Aufgaben stellen, die nicht anders als gegensätzlich und einander ausschließend sein können. . . . Aber auch die oppositionellen internationalistischen Elemente einer jeden der kämpfenden Mächtegruppen können mit den „Reinheiten“ der gegnerischen Koalition keine Verständigung eingehen, wenn sie nicht durch die Erweckung des Anscheins, als übernahmen sie die Rolle von Agenten der feindlichen Generalstäbe, ihr Wert vernichten, politischen Selbstmord begehen, sich in den Augen der breiten Arbeitermassen kompromittieren und jede Möglichkeit, den Gang der Ereignisse zu beeinflussen, aus der Hand geben wollen.

Solange die „Reinheiten“ — fährt der Artikel fort — alles der Erzielung eines bestimmten, „militärischen“ Resultats unterordnen und sich durch ein Bündnis mit den Regierungen binden, können sie eine Verständigung nur dann eingehen, wenn diese den „militärischen“ Berechnungen entsprechen sollte. Ist jetzt auch in der Haltung der deutschen und französischen „Reinheit“ gegenüber internationalen Verständigungen ein gewisser Unterschied zu verzeichnen, so erklärt sich das nicht durch einen stärkeren Internationalismus Scheidemanns im Vergleich mit Renaudel, sondern durch den Unterschied der militärischen Lage und der Haltung der betreffenden Regierungen in der Friedensfrage. Wenn also ein Moment eintreten sollte, wo die Scheidemanns und Renaudels, wo die „Reinheiten“ eine Verständigung mit einander eingehen, ohne indes den Boden ihrer jetzigen Politik zu verlassen, so wird das nur der Ausdruck der sich anbahnenden Verständigung der herrschenden Klassen sein, und statt

einer Waffe des internationalen Klassenkampfes wird diese „Verständigung“ nur ein Hilfsmittel in den Händen der Regierungen und ihrer Diplomaten sein.“

Von diesem Gesichtspunkt aus untersucht der Verfasser des zitierten Artikels weiter die Beschlüsse der Zimmerwalder und Antikriegskonferenz (deren Wortlaut in derselben Nummer des Blattes teilweise wiedergegeben wird) und schließt mit folgenden Sätzen:

„Die Zimmerwalder Vereinbarung ist durch Wiederbelebung der internationalen Solidarität und des internationalen Klassenkampfes befreit, das Proletariat aller Länder wieder zu einem machtvollen Faktor der Weltpolitik zu machen, fähig, im entscheidenden Augenblick sein Schwert auf die Waagschale der Geschichte zu werfen und sie zu sich herabzuziehen. Ihr Weg ist nicht der der Spaltung, sondern der der Vereinigung des jetzt gespaltenen und des organisierten internationalen Proletariats. Und wenn wirklich die Gefahr einer erneuten Spaltung besteht, so beruht sie nur auf dem hartnäckigen Widerstand, der der Wiederbelebung der internationalen Einigkeit auf dem Boden eines koordinierten, gleichzeitig und parallel in allen Ländern geführten praktischen Klassenkampfes entgegengestellt wird.“

Das tägliche Brot.

Die Regelung des Getreideverbrauchs.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes hat durch eine heute erlassene Bekanntmachung die in dem § 20 der Verordnung über Getreide aufgeführten Aufgaben (Festlegung der Kontingente, Festsetzung des Umräumungsverhältnisses von Getreide und Malz, Auslieferung der Bezugscheine usw.) der Reichsgetreidemittelstelle übertragen. Die Handhabung der Bezugscheine wird in ähnlicher Weise wie im vorigen Jahre erfolgen. Sie werden zwecks Ankaufs der Getreide der Reichsgetreidemittelstelle überwiesen, die unter Beteiligung des Reichs, der Bundesstaaten sowie der Getreide verarbeitenden Industrien mit einem Kapital von 5 Millionen Mark gegründet worden und an Stelle der in Liquidation befindlichen Getreideverwertungsgesellschaft m. b. H. getreten ist.

Die Freizügigkeit der Brotkarten.

Die Freizügigkeit der Brotkarten in Deutschland, die eine Zeitlang von verschiedenen Seiten als unbedenklich und bedenklich bezeichnet wurde, drückt sich immer mehr Bahn. Es bestehen jetzt nicht nur Brotkarten, sondern auch Fleischkarten-Gemeinschaften zwischen mehreren Bundesstaaten. Brotkarten-Gemeinschaften bestehen zwischen den Königl. Reichspreußen und Sachsen, zwischen Sachsen und Sachsen-Koburg-Gotha, zwischen den Königl. Reichs Sachsen, Bayern und Württemberg, dem Großherzogtum Baden, Elsaß-Lothringen und dem preussischen Regierungsbezirk Sigmaringen. Fleischkarten-Gemeinschaften sind zwischen den Königl. Reichs Sachsen, Bayern und Württemberg, dem Großherzogtum Baden, Elsaß-Lothringen und dem preussischen Regierungsbezirk Sigmaringen vereinbart worden. Ueber weitere Gemeinschaften wird verhandelt.

Böde als Gärtner.

Die Varmer Stadtverwaltung hatte im März dieses Jahres eine größere Menge Speck zur Abgabe in Halbpfundpaketen an Kinderbewerksamte bestellt. Mit der Bewachung des Specks, auf den naturgemäß die Erwartungen vieler Leute gerichtet waren, wurden zwei Hilfspolizisten betraut. Diese Herren sorgten aber nicht für die Kinderbewerksamte, sondern für sich und vorsehende Beamte, und zwar derart, daß sich bei jeder Revision größere Mengen des Specks als fehlend herausstellten. Auf die „Wächter“ hatte zuerst niemand Verdacht. Erst als bei dem letzten Verkauf wieder nicht weniger als 45 Pakete fehlten, ging man den beiden Hilfspolizisten nach und entdeckte dann, daß man den Speck zum Hüter gemacht hatte. Das Varmer Schöffengericht verurteilte die beiden zu je drei Monaten Gefängnis. Von der Elberfelder Strafkammer als Berufungsinstanz wurde indessen die Strafe auf je einen Monat ermäßigt.

Kriegswirkungen in der Holzindustrie.

Eine interessante Statistik hat der Deutsche Holzarbeiterverband veranstaltet, um die Einwirkung des Krieges auf das Gewerbe zahlenmäßig zu erfassen. Die Ergebnisse dieser am 1. Dezember 1915 aufgenommenen Statistik liegen nunmehr in einer Broschüre vor, die als Sonderabdruck aus dem demnächst erscheinenden Jahrbuch des Verbandes herausgegeben wurde. Die Erhebung erstreckte sich auf 20 968 Betriebe, die vor dem Kriege 240 185 männliche und 19 500 weibliche Arbeiter beschäftigten. Bei der Aufnahme ist also bei weitem nicht das ganze Gewerbe erfasst worden, aber der erfahrene Ausschuss ist groß genug, um aus ihm allgemeine Schlüsse ziehen zu können.

Von den genannten Betrieben waren am 1. Dezember 1915 noch 12 600 beschäftigt und in ihnen waren 99 670 männliche und 16 968 weibliche Arbeiter tätig. Hierbei sind allerdings nur die Hilfsbetriebe gezählt. Betriebe, in denen der Unternehmer allein oder nur mit Lehrlingen tätig war, sind unberücksichtigt geblieben, wie überhaupt nur die Arbeiter, nicht aber die Lehrlinge gezählt wurden. Unter der Einwirkung des Krieges sind also 39,9 Proz. der vor dem Kriege vorhandenen Betriebe eingegangen. Die Zahl der männlichen Arbeiter hat sich um 68,5 Proz., die der weiblichen um 18 Proz. vermindert. Außerdem wurden noch 93 Betriebe mit 1273 männlichen und 311 weiblichen Arbeitern ermittelt, die während des Krieges neu entstanden waren. Bei der Beurteilung dieser Zahlen muß in Betracht gezogen werden, daß die Erhebung nach 16monatiger Kriegsdauer veranstaltet wurde, als sich die zu Kriegsbeginn ganz trostlosen Verhältnisse bereits einigermaßen gebessert hatten.

Man hat der deutschen Industrie das große Organisations-talent nachgerühmt, welches ihre schnelle Umschaltung von der Friedens- zur Kriegstätigkeit ermöglichte. Auch in der Holzindustrie ist eine solche Umschaltung versucht worden, aber nur mit geringem Erfolg. In einigen Zweigen des Gewerbes, wie in der Korbmacherei und in der Stellmacherei, in denen Waren für den Heeresbedarf in wesentlichen mit den gleichen Produktionsmitteln hergestellt werden können, wie die Arbeiten für den Friedensbedarf, vollzog sich die Umschaltung ohne Schwierigkeit. Schwieriger ist die Aufgabe, wenn z. B. Pianofortefabriken dazu übergehen, Kriegsfahrzeuge, Munitionskisten, Tornisterrahmen, hölzerne Stiefelsohlen, Flugzeuge, Drahtverhaue oder Granaten herzustellen. Derartige Betriebsumstellungen sind in den meisten Zweigen des Gewerbes vorgenommen worden, im ganzen aber nur in verhältnismäßig geringem Umfang. Am Erhebungstage wurden 590 Betriebe gezählt, das sind 4,7 Proz. der in Tätigkeit befindlichen, mit 15 131 Arbeitern oder 13 Proz. der Gesamtzahl, die einen Produktionswechsel vorgenommen hatten.

Der vorgenommene Produktionswechsel hat aber nicht verhindern können, daß die in Betracht kommenden Betriebe ihre Arbeiterzahl verhältnismäßig noch stärker vermindern mußten, wie die, die ihre Produktion beibehalten hatten. In diesen waren am Erhebungstage noch 49,5 Proz., in jenen

42,8 Proz. der vor dem Kriege beschäftigten Arbeiter tätig. Größer ist der Unterschied, wenn man eine Scheidung der Arbeiter nach dem Geschlecht vornimmt. In den Betrieben mit gleicher Produktion wie vor dem Kriege ist die Zahl der männlichen Arbeiter um 52,6 Proz., die der weiblichen um 13,6 Proz. zurückgegangen. In den Betrieben mit Produktionswechsel beträgt der Rückgang der männlichen Arbeiter 49,6 Proz., während bei den Arbeiterinnen eine Zunahme um 27,8 Proz. festgestellt wurde.

Ueberraschend wirkt die Feststellung, daß auch die Zahl der Arbeiterinnen in der Holzindustrie während der Kriegsdauer einen absoluten Rückgang erfahren hat. In den erfahnten Betrieben waren vor dem Kriege 19 500 Frauen beschäftigt, am 1. Dezember 1915 nur noch 17 279. In manchen Berufsgruppen ist allerdings eine ziemlich erhebliche Zunahme der Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen festzustellen worden, so z. B. in der Modelltischlerei von 25 auf 352, in der Korbmacherei von 501 auf 2059. Schon in der Friedenszeit hat die Frauennarbeit in der Holzindustrie ständig an Bedeutung gewonnen, doch bildeten die weiblichen Arbeiter in den meisten der in Betracht kommenden Berufsgruppen nur einen kleinen Teil der Beschäftigten. Dieses Verhältnis hat während des Krieges eine starke Veränderung erfahren. Während in dem ganzen Erhebungsgebiet vor dem Kriege auf 100 männliche Arbeiter 8,1 weibliche kamen, stieg der Anteil des weiblichen Geschlechts am Erhebungstage auf 17,1 Proz. Vor dem Kriege überstieg das weibliche Element nur in der Bleistiftindustrie, wo auf 100 beschäftigte Männer 167,2 Frauen kamen; am 1. Dezember 1915 war das Verhältnis hier wie 100 : 229,4. Mehr Frauen als Männer wurden noch festgestellt bei der Bürstenmacherei, wo auf 100 Männer vor dem Kriege 64,5, jetzt aber 104,5 Frauen kamen, und bei den Korbmachern, wo das Verhältnis sich von 100 : 69,7 zu 100 : 133,8 verschob.

In der folgenden Zusammenstellung geben wir eine Uebersicht über die wichtigsten Ergebnisse der Erhebung. Hierbei ist zu beachten, daß in den gemischten Betrieben, wie Maschinenfabriken, Werken, Waggonfabriken usw. nur die beschäftigten Holzarbeiter gezählt sind.

Berufszweige	Im Juli 1914		Am 1. Dezember 1915	
	Be-triebe	Beschäftigte	Be-triebe	Beschäftigte
Tischlereien	14 670	122 696	2 955	7 856
Rüstinstrumentenfabr.	549	24 009	3 181	404
Modelltischl. u. Maßfabr.	875	10 577	25	726
Stuhlfabriken	234	6 330	436	178
Parquetfabriken	90	1 189	18	65
Schiffs- u. Bootwerften	94	7 011	—	73
Stellmachereien und				
Waggonfabriken	944	13 786	74	616
Schneidemühlen u. Holz-				
bearbeitungsfabriken	528	11 698	370	429
Riffenfabriken	426	5 111	957	356
Drehwerkstätten	564	4 437	624	357
Stoß- u. Schirmfabriken	159	2 812	582	122
Knopffabriken	105	3 164	1 309	84
Kamm- u. Haarstrickfabr.	70	1 698	1 091	52
Korbwarenfabriken	449	4 273	501	384
Berggoldereien u. Leistenf.	243	3 004	656	163
Bürsten- u. Pinselfabr.	419	5 690	8 631	332
Korkenfabriken	27	501	262	28
Bleistiftfabriken	8	769	1 286	7
Pantinen- u. Holzschuhfabr.	46	259	22	41
Holzwarenfabriken	456	10 928	2 145	382
Insgesamt	20 968	240 185	19 500	12 600

Die Statistik ist ein Beleg dafür, daß die Holzindustrie zu den Gewerben gehört, die am schwersten unter den Kriegswirkungen gelitten haben. Das wird auch bestätigt durch die Erhebungen, die der Holzarbeiterverband sonst veranstaltet hat und die sich im Gegensatz zu der vorliegenden, die das ganze Gewerbe umfassen sollte, nur auf seine Mitglieder erstrecken. Ungeheuer groß war in den ersten Kriegsmo-naten die Zahl der arbeitslosen Verbandsmitglieder. Die fortwährenden Einderufungen und die eingetretene Besserung des Geschäftsganges haben nicht nur die Arbeitslosenziffern vermindert, sondern auch vielen Verbandsmitgliedern, die genötigt waren, in fremden Berufen Beschäftigung zu suchen, die Möglichkeit gegeben, zu ihrem alten Beruf zurückzukehren. Die Zahl der zu fremden Berufen Uebergegangenen war nach den wöchentlichen Erhebungen in der 32. Kriegswoche auf 20 739 gestiegen, am 1. Dezember 1915 waren es noch 8774, von denen 3599 in der Metallindustrie, 463 in der Lederindustrie und 4712 in verschiedenen anderen Berufszweigen Beschäftigung gefunden hatten.

Die geringe Zahl der gegenwärtig arbeitslosen Holzarbeiter kann über die im großen und ganzen noch recht schwierige Lage des Holzgewerbes nicht hinwegtäuschen. Ob es sich nach dem Friedensschluß bald wieder von den erlittenen Schlägen erholen wird, hängt von Umständen ab, die sich augenblicklich noch nicht übersehen lassen.

Soziales.

Unrechtmäßige Züchtigung eines Lehrlings.

Wie in einer Verhandlung vor der Kammer 8 des Gewerbegerichts festgestellt wurde, ist in der Buchdruckerei von Legal das nach der Gewerbeordnung dem Lehrherrn zustehende Züchtigungsrecht derart mißbraucht worden, daß das Gericht die von dem Lehrling beantragte Lösung des Lehrverhältnisses für berechtigt erklärte. Aus der Verhandlung ergab sich der folgende Sachverhalt.

Der Kläger, ein Buchdruckerlehrling im Alter von 17 Jahren, soll eine ihm vom Maschinenmeister überwiesene Arbeit nicht wie verlangt ausgeführt haben. Der Lehrling wurde deshalb vom Faktor geohrfeigt. Da der Lehrling schon öfter vom Faktor geschlagen worden ist und Beschwerden des Vaters beim Lehrherrn Legal nichts fruchteten, so hatte der Lehrling von seinem Vater die Weisung erhalten, den Betrieb sofort zu verlassen, wenn ihn der Faktor wieder schlagen würde. Das wollte der junge Mann im vorliegenden Falle auch tun. Er war gerade dabei, sich umzuziehen, als der vom Faktor gerufene Lehrherr hinzukam und den Lehrling aufforderte, wieder an die Arbeit zu gehen. Der Lehrling aber blieb dabei, daß er der Weisung seines Vaters entsprechend nach Hause gehen wolle. Deshalb verfeigte ihm Herr Legal eine derbe Ohrfeige, zertrümmerte ihm seinen Arbeitsplatz und gab ihm noch mehrere Ohrfeigen. Der Lehrling arbeitete noch bis Feierabend, kam aber am nächsten Tage nicht wieder, sondern reichte die Klage auf Lösung des Lehrverhältnisses ein. Er legte dem Gericht ein ärztliches Attest vor, welches als Folge der Ohrfeigen eine geschwollene Wade sowie Schmerzen im Kopf und im Ohr angibt.

Das Gericht erkannte auf Lösung des Vertrages. Es hielt eine wesentliche Ueberschreitung des Zuchtungsrechts für festgestellt. Wie in der Urteilsbegründung gesagt wurde, hat der Lehrling sich durch sein Verhalten dem Lehrling zu schaden, denn er ist nicht der Vertreter des Lehrherrn im Sinne der Gewerbeordnung. Der Lehrling selbst hat nach dem vorliegenden ärztlichen Attest sehr beträchtlich gezeichnet. Es ist zweifelhaft, ob er überhaupt einen Anlauf hatte, den Lehrling zu schlagen, denn dieser erhielt die Schläge lediglich deshalb, weil er nach Hause gehen wollte. Es ist nicht zulässig, die Innehaltung des Lehrvertrages durch Schläge zu erzwingen. Nur, wenn der Lehrling durch sein Verhalten Anlauf zur Zuchtigung gibt, würde sie zulässig sein.

Der Hausdetektiv.

Der Vertreter einer eigenen Berufsart rief das Berliner Kaufmannsgericht zur Entscheidung eines Rechtsstreites an. Der Kläger B. war Angestellter bei der beklagten Bezugsvereinigung deutscher Landwirte, die mehrere tausend Gehilfen und Gehilfinnen beschäftigt. Da er sich selber als „Hausdetektiv“ bezeichnete und der Vertreter der Beklagten bestätigte, daß seine Tätigkeit zum großen Teil eine Detektivtätigkeit war, so erhoben sich im Kreise der Beisitzer Bedenken wegen der sachlichen Zuständigkeit des angerufenen Gerichts. Aus den Schilderungen beider Parteien ergab sich in bezug auf die Tätigkeit des B. folgendes Bild: Kläger mußte das Kommen und Gehen der Angestellten kontrollieren und beim Gehen besonders darauf achten, ob sie kein Eigentum der Vereinigung mitgehen ließen. Kläger hatte ferner die Kontrolle über die Aufrechterhaltung der Hausordnung. Er mußte darauf achten, daß die Damen, wie B. sich ausdrückte, „keine Dummbreiten machen“, keine „Bonbons lutschen“ und daß die Herren sich von Alkoholgemischen fernhalten, er hatte Kocherchen über Angestellte auszuführen sowie Personal- und Militärlisten zu führen. Schließlich hatte der Kläger noch ein sehr unangenehmes Amt: er hatte den Gefährlichen die „Blauen Briefe“ auszubändigen. Diese Tätigkeit nahm B. derart in Anspruch, daß er 504 Ueberstunden machen mußte, für die er jetzt 300 M. dem Kläger verlangt. Das Kaufmannsgericht hielt sich aber zur Entscheidung dieses Rechtsstreites nicht für zuständig und wies den Kläger wegen sachlicher Unzuständigkeit ab. B. sei nach der Art seiner Tätigkeit weder kaufmännischer noch gewerblicher Angestellter, er sei vielmehr ein Geschäftsbeförderer. Nicht das Kaufmannsgericht sei für ihn zuständig, aber auch nicht das Gewerbegericht. Er müsse darum beim ordentlichen Gericht klagen.

Die schweizerische Industrie während der Kriegszeit.

In den jüngst für die beiden Jahre 1914 und 1915 veröffentlichten Amtsberichten der schweizerischen Fabrikinspektoren wird mit gründlichem Sachkenntnis die Gestaltung der Industrieverhältnisse der Schweiz während der Kriegszeit geschildert. Dabei wird zunächst daran erinnert, daß die Friedenszeit des Jahres 1914 im Zeichen der allgemeinen Wirtschaftslage stand. Der Kriegsausbruch brachte im August 1914 die meisten Fabriken zum Stillstand. Fabrikbesitzer, Leiter, Meister, Arbeiter mußten in den Militärdienst eintreten, von den Zurückgebliebenen hatten viele den Kopf verloren, die privaten Verkehrsmittel wurden für das Militär in Beschlag genommen. Doch lehrte bald ruhige Ueberlegung zurück und damit der Wunsch, ja das Bedürfnis, „zu arbeiten“. Aber in vielen Geschäften mußte der Betrieb neu organisiert werden, in vielen anderen trat großer Arbeitsmangel ein. Bestellungen wurden abgelehnt, Lieferungen aufgeschoben, Bauten eingestellt, die Expedition war unmöglich; hier fehlte der Kopf der Unternehmung, dort die Hände. Die ausländischen Arbeiter waren massenhaft abgereist, auch weibliche. Viele Arbeiterinnenheime waren entvölkert; die Arbeitgeber, die sich so sehr auf diese Ausländerinnen verlassen hatten, kamen ganz besonders für längere Zeit in Bedrängnis. Bald stellte sich eine noch ernstere Sorge ein, nämlich die um Beschaffung von Rohstoffen, Getreide, Kohlen, Metallen, Baumwolle und anderen Spinnstoffen, Ölen, Farben, Chemikalien und vieler anderen. Am meisten litten das Baugewerbe, die graphischen Gewerbe und die Textilindustrie. Im Kanton St. Gallen allein standen Ende 1914 noch 89 Betriebe vollständig still, wohl meistens solche der Stickerindustrie. Andererseits kamen die für inländische Vorratslieferungen arbeitenden Fabriken nicht nur nicht zum Stillstand, sondern es wurden an sie ganz außerordentliche Anforderungen gestellt, die zu einer aufs äußerste gesteigerten Inanspruchnahme

aller Kräfte zwangen. Das gleiche erfuhren manche Betriebe der Lebensmittelindustrie.

Im Jahre 1915 kam allmählich auch in die Fabriken vieler anderer Branchen wieder mehr Leben. Viele Fabrikanten der Metall- und Maschinenindustrie wählten sich neue Arbeitsquellen zu erschließen. Die Baumwollspinnerei, die Schiffstückerie und durch sie die Zwirnerei bekamen wieder Aufträge. Ja, es gab Zeiten und Branchen, die von einer Hochkonjunktur sprechen konnten. In anderen dagegen blieb die Lage dauernd schlecht und zu dieser gehören auch die Glarner Baumwolldruckereien und die Handmaschinenfabriken.

Ohne Vertragen der Arbeiter setzte der Bundesrat schon im August 1914 wichtige Partien des Fabrikgesetzes außer Kraft. Die Unternehmer nahmen Lohnreduktionen von 10 bis 50 und 60 Proz. vor, die erst allmählich und zwar auf energische Forderung der Gewerkschaften zum größten Teil wieder aufgehoben wurden, wozu dann noch errungene Lohnsteigerungen kamen, die aber nirgends bis zu 50 Proz. bewilligt wurden, um die die Lebenshaltung seit dem Sommer 1914 verteuert wurde.

Eine erhebliche Zunahme hat die Frauenarbeit erfahren, namentlich in der Militärschneiderie, für die in allen Teilen des Landes rasch Werkstätten errichtet wurden. Auch die Versorgung der Armee mit Lebensmitteln hatte eine Vermehrung der Frauenarbeit, die auch zur Nachtzeit zugelassen wurde, zur Folge.

Der Einfluß des Krieges auf die schweizerische Industrie belübt sich auch in der starken Verminderung der Bautätigkeit zu industriellen Zwecken. Während in den beiden Jahren 1912/13 im ersten Inspektionskreis (der die Kantone Zürich, St. Gallen und weitere 7 Kantone umfaßt) 415 Baugesuche zur behördlichen Begutachtung vorgelegt wurden, waren es deren in den beiden Jahren 1914/15 nur 260 (1914: 116, 1915: 144). Der dritte Kreis (Schaffhausen und andere Kantone) weist allerdings das Gegenteil auf, nämlich 466 Baugesuche gegen 415; welche Vermehrung der Bautätigkeit aber ebenfalls mit dem Kriege zusammenhängt, da durch die geänderten Betriebsverhältnisse viele Unternehmungen geschlossen waren, die Fabriken umzubauen.

Die Zahl der dem schweizerischen Fabrikgesetz unterstellten Betriebe betrug Ende 1913: 8121, Ende 1914: 8098 und Ende 1915 wieder 8216, womit auch die Zahl von 1913 um fast 100 überschritten ist. In den beiden Jahren 1914/15 wurden 476 Betriebe von der Fabrikliste gestrichen und 571 neu darauf genommen, so daß sich eine Vermehrung von 95 ergibt, wobei es sich aber in der Hauptsache nur um neu entdeckte, schon vorhanden gewesene Betriebe handelt, die sich der Unterstellung unter das Fabrikgesetz entzogen hatten.

Die Zahl der in den Fabriken beschäftigten Arbeiter betrug 1913: 341 259. Leider wurde in den beiden Jahren 1914/15 keine Fählung der Arbeiter von den Fabrikinspektoren wegen Mangel an Personal (Inspektionsbeamte mußten im Militärdienst sein) und an Zeit vorgenommen, welche Unterlassungsfünde die berichtenden Beamten nun selbst lebhaft bedauern.

Im Jahre 1914 sind 16 472 Fabrikunfälle vorgekommen gegen 22 930 in 1913, für 1915 liegen die Angaben noch nicht vor. Die Nichtfabrikunfälle betragen 1914 11 478 gegen 15 874 in 1913. Der Rückgang der Unfälle im ersten Kriegsjahr 1914 wird auf den Stillstand zahlreicher Betriebe oder die Einschränkung von solchen und auf die starke Verminderung der Arbeiterzahl zurückgeführt. Gewerbliche Krankheiten kamen 1914 in 43 Fällen vor gegen 73 in 1913.

Ausnahmegewilligungen für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit wurden 1914/15 5286 gewährt gegen 5311 in 1913/14.

In 390 Fällen wurden wegen Uebertretung der Arbeiterschutzvorschriften Geldbußen von 248 Fr. verhängt gegen 14 943 Fr. in 502 Fällen 1912/13.

Mit der erfolgreichen Ueberwindung der vom Krieg verursachten Schwierigkeiten hat sich die schweizerische Industrie bis jetzt im allgemeinen zu behaupten verstanden; hoffen wir, daß es so bleibt bis zur Beendigung des Krieges, die recht bald erfolgen möge, um der Kulturarbeit des Friedens wieder Platz zu machen!

Gerichtszeitung.

Preisüberschreitungen.

Die Ferienstrafkammer des Landgerichts I hatte sich gestern mit zwei Lebensmittelwucherfällen zu beschäftigen.

1. Den Kaufmann D. Löwy, der sein Geschäft am Luisenufer hat, hatte das Schöffengericht Berlin-Mitte zu 250 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er in zwei Fällen seinen Wochenbedarf an Margarine, den er beim Einkauf mit 1,28 M. für

das Pfund bezahlt hatte, an einen Wäckermeister auf dessen dringendes Ersuchen für 1,80 M. pro Pfund verkauft hatte. Das Schöffengericht erblickte darin einen übermäßigen Gewinn, da nach dem Urteil des Sachverständigen, Direktors Rosenbaum, dem Angeklagten ein Gewinnzuschlag von 20 Proz. zugestehen sei, er aber hier einen Gewinn von 40 Proz. gehabt habe. Der Angeklagte suchte sich damit zu rechtfertigen, daß er an anderen Gebirgen viel höhere Einkaufspreise habe zahlen müssen und sich daher berechtigt gehalten habe, einen Durchschnittspreis zu kalkulieren. Die Strafkammer hielt dies nicht für zulässig, sah dieses Verhalten als Kriegswucher an und verwarf deshalb die von dem Angeklagten eingelegte Berufung.

2. Der Schlächtermeister Georg Schirp, der vor er 1. Ferienstrafkammer des Landgerichts I stand, hatte in Tilsit Schweinefleisch gekauft, das er mit 1,30 M. pro Pfund Lebensgewicht bezahlte und hier zum Teil mit 2,80 M. Schlachtgewicht verkaufte, so daß statt der für Großhändler zulässigen 1 1/2 Proz. Verdienst ein solcher von 21 Proz. für ihn herauskam. Auch in diesem Fall erklärte der Angeklagte das Mehr mit Verlusten bei anderen Verkäufen und hohen Unkosten. Das Gericht sah sein Verhalten als geeignet an, die Schweinefleischpreise in die Höhe zu treiben und hielt den Verdienst für einen unbillig hohen. Schirp wurde zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt.

Wahrnehmung berechtigter Interessen durch die Presse.

Eine für die Presse richtige Entscheidung stellte das Oberlandesgericht Celle.

Ein Wäschefabrikant in Lage hatte sich durch einen Artikel in der Völkischer „Volkswehr“ vom 23. September 1915: „Ausbeutung der Sandjaknabereinerinnen in Lippe“ beleidigt gefühlt und gegen den Redakteur, Genossen Schädlich, Klage erhoben. Das Schöffengericht Lage erkannte jedoch auf Freisprechung und das Landgericht Detmold verwarf die Berufung des Privatklägers. Auch die Revision wurde jetzt vom Oberlandesgericht Celle zurückgewiesen. Es heißt in dem Urteil: „Es ist anerkanntes Recht, daß die Wahrnehmung der Interessen dritter Personen grundsätzlich nicht ausgeschlossen ist und jedenfalls dann unter § 193 St.G.B. fällt, wenn Angelegenheiten in Frage stehen, die den Täter vermöge seiner nahen Beziehungen zu ihm ein individuelles Interesse an der Kritik geben. Ein solches besonderes Verhältnis des Angeklagten zu den Interessen der Personen, für die er eingetreten ist, hat der Vorbericht festgestellt, ohne daß diese Feststellung, weil im wesentlichen tatsächlicher Art der Nachprüfung durch das Revisionsgericht unterläge. Die Anordnung des § 193 St.G.B. ist daher nicht zu beanstanden. Eine Rechtsverletzung würde danach nur dann vorliegen, wenn der Vorbericht unterlassen hätte, zu prüfen, ob das Vorhandensein einer Beleidigung aus der Form der Aufzählung oder den Umständen, unter welchen sie geschah, hervorgeht. Diese Prüfung ist im angefochtenen Urteil aber vorgenommen und es ist ausdrücklich festgestellt, daß bei dem Angeklagten die Beleidigungsabsicht nicht vorhanden gewesen ist.“

Ein Dorfidiyll.

Aus Stuhm in Westpreußen wird uns über eine auffallende Freisprechung berichtet:

In dem Dorfe Keshof im Kreise Stuhm sollten am 20. Mai Kartoffeln durch die Gemeinde an die Ortsbewohner verkauft werden. Der Verkauf wurde in einer Scheune vorgenommen. Den Verkauf leitete der Dorfschöffe und Waisenrat, Tischlermeister Emil Paur. Hierbei kam es zwischen diesem und der einkaufenden Bäuerin Veronika Konieczki zu einem lebhaften Streit, der schließlich in Tätlichkeiten ausartete. P. hatte nämlich bei den Kartoffeln eine Scheidung vorgenommen: ein Haufen enthielt schlechte und verfaulte Kartoffeln, der andere gute ausgelegene. Als die K. sich weigerte, von den schlechten Kartoffeln zu kaufen, sagte P.: „Ihre Preisse wird später noch etwas ganz anderes fressen!“ Dann erhielt die K. von P. einen kräftigen Stoß vor die Brust, auch wurde ihr Schürze und Rock von P. gerissen. Nach Aussage von Zeugen wollte P. auch mit einer Forke auf die Frau losgehen. Infolge dieser Behandlung hatte die K. eine Fehlgeburt. Vom Schöffengericht Stuhm hatte Paur wegen Körperverletzung in Tateinheit mit Sachbeschädigung 20 Mark Geldstrafe erhalten. Die Strafkammer zu Elbing sprach ihn jedoch jetzt frei. Nach der Urteilsbegründung fehlte bei der Tat dem P. das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit. Er habe nur seines Amtes waltend wollen, als er der K. den Stoß gab.

Wenn der Dorfschöffe das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit nicht hatte, so dürfte das Gericht ein auffallend niedriges Maß von Einsicht bei einem Dorfschöffen angenommen haben.

Ein wertvolles Hausbuch für jede Arbeiterfamilie!

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

Das Buch ist auf gutem Papier gedruckt, enthält ein zerlegbares Modell, viele Illustrationen und präsentiert sich in einem schmucken Einband.

Behandelt werden folgende Gebiete:

Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. Von Dr. Christeller. — Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein. — Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Hirschlaff. — Der Achtstundentag. Von Dr. Zadek. — Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Von Dr. Fröhlich. — Das Schulkind. Von Dr. Silberstein. — Geschlechtsverkehr und Geschlechts-Krankheiten. Von Dr. Gebert. — Nahrung und Ernährung. Von Dr. Chajes. — Wie sollen wir uns kleiden? Von Dr. P. Bernstein. — Der Arbeiterschutz. Von Dr. M. Epstein. — Vom medi-

zinischen Aberglauben. Von Dr. E. Thesing. — Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von Dr. S. Munter. — Verhütung und Heilung des Stotterns. Von L. Jordan. — Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Von Dr. J. Markuse. — Zähne und Zahnpflege. Von Gertrud Rowald. — Bau und Lebenstätigkeit des menschlichen Körpers. Von Dr. Christeller. — Der Geschlechtsverkehr. Von Eduard Bernstein. — Die Krankenpflege im Hause. Von Johann Ranker-Mannheim. — Die Proletariatskrankheit. Von Dr. J. Zadek.

Buchhandlung Vorwärts Berlin



Unterzeichneter bestellt:
Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
 60 Bände zum Preise von 4,50 M.
 Name: _____
 Wohnung: _____
 Wir bitten deutlich zu schreiben!

Central-Haus Jägerstr. 13 I.

Von Kavaliern wenig getragene sowie im Versatz gewesene Jacketanzüge, Rockanzüge, Paletots u. Ulster, 12, 15, 18, 20, 25 bis 36 M., Prima. Ferner Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarderobe enorm billig. Riesenposten Kostüme und Damen-Mäntel, auf Seide, enorm billig. Extragebot in Lombard gewesener Brillanten, Uhren und Goldwaren zu enorm billigen Preisen.

Aus Groß-Berlin.

Die Mittelschule am Scheidewege.

In der „Korrespondenz des Deutschen Lehrervereins“ lesen wir folgende bemerkenswerten Ausführungen:

Die Stadt Berlin soll am 1. Oktober d. J. die erste städtische Mittelschule erhalten. Der Magistrat schlägt der Stadivereinbarungskommission vor, eine durch Krankheit der Vorsteherin verwaiste Privatschule zu übernehmen und in derselben Form weiterzuführen.

Die Mittelschule hat eine feste Form noch nicht erlangt. Es ist aber unverkennbar, daß sich eine starke Bewegung dahin geltend macht, die alte Mittelschule, die unter den verschiedenen Namen (Stadtschule, Bürgerchule) im wesentlichen eine Schule der mittleren Schichten des Bürgertums war, zu einer jedem Kinde offenstehenden Begabungsschule umzubilden.

Die Mittelschule hat eine feste Form noch nicht erlangt. Es ist aber unverkennbar, daß sich eine starke Bewegung dahin geltend macht, die alte Mittelschule, die unter den verschiedenen Namen (Stadtschule, Bürgerchule) im wesentlichen eine Schule der mittleren Schichten des Bürgertums war, zu einer jedem Kinde offenstehenden Begabungsschule umzubilden.

Die heute in Preußen bestehenden öffentlichen und privaten Mittelschulen für Knaben und Mädchen entlassen alljährlich etwa 20 000 Kinder mit voller Mittelschulbildung ins Leben. Einer gesteigerten Ausbildung für sämtliche gewerblichen Berufe bedürfen nach zuverlässiger Berechnung aber etwa 300 000, d. h. 1 1/2 bis 2 1/4 mal so viele als die Mittelschulen ausbilden können.

Für die weitere Entwicklung des Mittelschulwesens ist es gleichgültig, ob die Stadt Berlin die auf der Höhe der Gegenwart stehenden Vorbilder auf diesem Gebiete unerschrocken kopiert und die alte Mittelschule übernimmt. Die zeitgemäße Mittelschule muß allen entsprechend Begabten offenstehen und als Begabungsschule auch möglichst ganz schulgeldfrei sein.

Die obigen Darlegungen sind sehr beachtenswert. Wir haben immer den Standpunkt vertreten, daß es jedem begabten Kinde möglich sein muß, die seinem Können und Fähigkeiten entsprechende Bildung zu erreichen.

60 Gramm Butter, 30 Gramm Margarine.

In der nächsten Woche, vom 14. August ab, kommen wiederum pro Kopf 60 Gramm Butter und außerdem 30 Gramm Margarine in Groß-Berlin zur Verteilung, die der Kriegsausgleich für Fett geliefert hat.

Die Milchversorgung.

Der Magistrat teilt mit: Die gestern Mittwoch in Kraft getretene vorläufige Verordnung zur Sicherstellung der vorzugsweisen Milchversorgung der Kinder, kranken Mütter und Kranken Groß-Berlins, durch die eine gleichmäßigere Verteilung der Milch über Groß-Berlin erreicht werden sollte, hat, wie die zahlreichen gestern morgen bei der Milchverteilung Groß-Berlin vorgebrachten Beschwerden der Kleinhandlender vermuten lassen, bei einem Teil der Milchgroßhändler nicht die Unterstützung gefunden, die von ihnen erwartet wurde.

denen sie zusammenarbeitet, eine sehr wertvolle Unterstützung und verständnisvolle Mitwirkung erfahren hat.

Ersuchen auf Bewilligung von Zusatzquoten für Einmachezwecke kann, wie wiederholt bekanntgegeben ist, nicht stattgegeben werden, da der zur Verfügung gestellte Einmachezucker bereits verteilt ist.

Das teure Pferdefleisch.

Einem kessigen Blatt wird aus den Kreisen der Rostschlächter mitgeteilt, daß die hohen Pferdefleischpreise auf die außerordentlich gestiegenen Preise für Schlachtpferde zurückzuführen seien.

In der Zukunft heißt es u. a.: Bis zum Kriege bezahlten wir Rostschlächter für ein Schlachtpferd selten über 100 M. Diesem Einkaufspreis entsprach das Fleisch, das mit 40-60 Pf. pro Pfund verkauft werden konnte.

Die Begründung ist bezeichnend. Danach werden die Preise für Schlachtpferde durch die Rostschlächter selber in die Höhe getrieben und das Publikum muß blechen.

Ämtliche Nachforschungen nach deutschen Zivilpersonen in Feindesland.

Aus dem Bericht der Zentral-Auskunftsstelle für Auswanderer für die Zeit vom 1. April 1914 bis 31. März 1916 ist von besonderem Interesse, daß die Kriegstätigkeit der Zentral-Auskunftsstelle, welcher bekanntlich zum Zwecke der Auskunftserteilung, Nachforschung und Bearbeitung von Freilassungsanträgen durch Erlass des Reichsanwalters vom 30. September 1914 behördlicher Charakter als eine dem Auswärtigen Amt angegebene „Reichskommission“ zuerkannt wurde, große Ausdehnung angenommen hat.

Die ämtliche Vermittelnachforschung nach Zivilpersonen bildet nunmehr die Haupttätigkeit der Zentral-Auskunftsstelle für Auswanderer, während die Bearbeitung der eigentlichen Auskunftserteilung an Auswanderungswillige sich naturgemäß nur in bescheidenen Grenzen hält.

Es ist natürlich, daß die Inanspruchnahme der Zentral-Auskunftsstelle, die anfangs bis zu 250 Personen allein mündlich im Tage beschieden hatte, im Verlaufe der weiteren Kriegsmomente infolge der besseren Postverbindungen geringer wurde.

Für unsere Kriegsgefangenen in Rußland. In vielen russischen Kriegsgefangenenlagern herrscht Mangel an Postkartenformularen. Auch für Geld können sich die Kriegsgefangenen manchmal die nötigen Formulare, um ihre kargen Mitteilungen nach Hause gelangen zu lassen, nicht verschaffen.

Für unsere Kriegsgefangenen in Rußland.

In vielen russischen Kriegsgefangenenlagern herrscht Mangel an Postkartenformularen. Auch für Geld können sich die Kriegsgefangenen manchmal die nötigen Formulare, um ihre kargen Mitteilungen nach Hause gelangen zu lassen, nicht verschaffen.

Russischen Meldungen zufolge teilte der Generalgouverneur des Amurgebietes Kondati der Hauptverwaltung des Russischen Roten Kreuzes mit, daß bei ihm durch den amerikanischen Konsul in Wladiwostok Gegenstände — meist getragene Sachen — für die Kriegsgefangenen im Amurgebiet eingetroffen sind, und zwar vom Amerikanischen Roten Kreuz, von verschiedenen Wohltätigkeitsgesellschaften, ferner aus China.

Die Gaben werden mit großer Dankbarkeit entgegen genommen. Welden Stimmungsumschwung sie zu bewirken imstande sind, dafür zeugt die Antwort eines Soldaten: „Ich bin heute wieder geistig frisch. Die Gaben und Postkarten lassen und den Kopf hochhalten.“

Arbeiterbildungsschule. An den wissenschaftlichen Einzelvortrag, der heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Hörsaal der Schule, Lindenstr. 3, 4. Hof rechts 3 Treppen stattfinden wird

August Bebel's Gedächtnis

gewidmet sein soll, sei hiermit nochmals erinnert. Genosse Heinrich Ströbel wird die Persönlichkeit und das Lebenswerk dieses großen Vorkämpfers in seinem Vortrage schildern.

Eintritt 10 Pf.

Ein aufregender Vorfall trug sich am Dienstag, den 8. August, nachmittags 6 Uhr, bei der Landung des Sturmdampfers „Potsdam“ zu. Das von Werber kommende Schiff hielt an seiner Haltestelle in Potsdam; ein Teil der Fahrgäste war bereits abgestiegen, andere wollten anfragen, als es sich plötzlich vom Lande entfernte, zwar nur wenig, aber es genügte, um das Laufbreit abgleiten zu lassen.

Großfeuer in Tempelhof.

Ein großes Schadenfeuer wütete Dienstagabend in Tempelhof. Auf dem Adlerschen Grundstück in der Straße an der Ringbahn war gegen 8 Uhr in einem großen Schuppen, in dem Benzin lagerte, auf bisher noch unaufgeklärte Weise Feuer ausgebrochen.

Beim Baden ertrunken. Gestern mittag kurz vor 1 Uhr bemerkten plötzlich Besucher des Sportbades Halensee, wie ein junger, circa 18-19jähriger Mann beim Baden unterging.

Bei einem Brande in der Adolfer Str. 8 ist die 40jährige Frau A. Diemert aus dem zweiten Stock von einem Fenster ihrer Wohnung aus auf den Bürgersteig gesprungen.

Beim Abpringen von einem fahrenden Straßenbahnwagen ist am gestrigen Mittwoch ein Fräulein Margarete Woydt schwer verunglückt. Das junge Mädchen hatte einen Straßenbahnwagen der Linie 18 benutzt und sprang am Kaiser-Franz-Joseph-Platz trotz der Warnung der Schaffnerin während der Fahrt ab.

Ein Unfall trug sich gestern mittag in der Messinggießerei von Streber und Busse in Niederischneweide zu. Dort lag einem Arbeiter Zimmer ein Stück Eisen an den Kopf, daß er schwerverletzt und im bewußtlosen Zustande nach dem Krankenhause gebracht werden mußte.

Gesperrt. Das Polizeipräsidium teilt mit: Wegen Sanifikationsarbeiten wird die Friedrichstraße zwischen der Krausen- und der Schützenstraße für den Nord-Süd-Verkehr vom 9. August ab auf ungefähr 14 Tage gesperrt.

Aus den Gemeinden.

Spareinlagenzunahme bei der Schöneberger Sparkasse.

In der ersten Hälfte des Kriegsjahres 1916 sind bei der Stadtsparkasse Schöneberg 25 076 617,10 M. Spareinlagen eingezahlt, dagegen 20 480 493,19 M. zurückgezahlt worden.

Zur Massenpeisung in Weiskensee.

Vom 14. August ab wird die Zentralfische Weisker Allee 205/210 (Schloßrestaurant) eröffnet werden. Von heute ab können die Speisekarten in folgenden Ausgabestellen in Empfang genommen werden: 1. Wohlfahrtsamt, Viktorienstr. 24, 2. Ortskrankenkasse, Viktorienstr. 17, Zimmer 9, 3. Rathaus, Albertinienstr. 6, Zimmer 15, 4. Rathmann, Langhausstr. 150, 5. Geschäftsfotel der Justizabteilung des Elektrizitätswerks, Berliner Allee 240, 6. Delonon Schilling, Schloßrestaurant. Eine ganze Portion kostet 40 Pf., die halbe Portion 20 Pf., die Karten müssen für eine laufende Woche gelöst werden.

Niederhöfenhausen.

Preßlohlen zu bedeutend ermäßigten Preisen hat der Kriegsausbruch für Angehörige der Kriegsteilnehmer, welche den vollen Kriegszuschlag zur Staatsunterstützung erhalten, angekauft. Anträge sind im Rathaus, Zimmer 31/32, zu stellen. Die Unterstützungskarte ist mitzubringen.

Für die Ausfertigung von Bezugsscheinen für Web-, Wirt- und Kleidwaren sind auch hier die freien Gewerkschaften bestellt und ermächtigt, Anträge der Mitglieder entgegenzunehmen, die Notwendigkeit zu prüfen und zu bescheinigen. Es dürfen nur die Bezugsscheine B benutzt werden.

Zu den Parteidifferenzen in Teltow-Beeskow.

Genossin Gerisch ersucht uns um Aufnahme nachstehender Zuschrift:

Verichtigung.

Im Bericht über die Generalversammlung des Wahlvereins Teltow-Baumkulentweg ist von einer unrechtmäßigen Klassenabstufung meinerseits die Rede. Ich stelle demgegenüber fest, daß ich lediglich nach dem Statut gehandelt habe, wenn ich, noch dazu nach mehrmaliger Mahnung durch den Genossen Pagels, bei diesem das 1. Quartal 1916/17 abrechnete. Das Statut schreibt vor, daß bis zum 30. Juni abgerechnet werden muß. Daran können auch Beschlüsse der Funktionäre nichts ändern, die noch dazu für Geld und Marken nicht haften. Die Zurückhaltung der Beiträge wäre einer Beitragsperre gleichgekommen. Die Generalversammlung hat sich auf den gleichen Standpunkt gestellt und beschloßen, das alte Material reiflos mit dem Genossen Pagels abzurechnen.

Fr. da Gerisch.

Von dem Vorstand des neuen Ortsvereins Charlottenburg erhalten wir eine Mitteilung, der wir folgendes entnehmen: Die Mitglieder des Sozialdemokratischen Wahlvereins Charlottenburg, die sich entschlossen haben, ihre Parteibeiträge auch fernerhin an die alte Kreisorganisation, vertreten durch den in der Kreisgeneralversammlung vom 6. August d. J. wiedergewählten Kreisvorstand Turoto-Groger-Pagels usw. abzuführen, werden ersucht, sich zu melden. Zweck Entgegennahme von Meldungen werden die Genossen Joh. Schneider, August Gebert, Max Aley am Sonntag, den 13. August, vormittags von 10-12 Uhr, im 'Vollshaus', Rosinenstr. 4, Stechbierhalle, anwesend sein. Wer verhindert sein sollte, sich persönlich zu melden, wolle das schriftlich an die Adresse des Genossen Max Aley, Rosinenstr. 4, Neubau IV, besorgen.

Der Vorstand des Wilmersdorfer Wahlvereins ersucht uns um Aufnahme nachstehender Zuschrift:

Der am 7. August tagende erweiterte Vorstand des Wahlvereins Wilmersdorf ist erstaunt über das in der letzten Montagnummer des 'Vorwärts' zu dem Zweifelpart in Kreiswahlverein Teltow-Beeskow Berichtete.

Er stellt fest, daß der dort als 'Delegierter' aufgetretene Genosse Schnell vom Arbeiter-Radsportverein von den Wilmersdorfer Genossen nicht für irgend eine Vertretung gewählt worden ist. Die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins am 31. Juli nahm den Bericht von der durch den Bezirksvorstand Groß-Berlin zum 23. Juli einberufenen Kreisgeneralversammlung ohne Diskussion entgegen. Der Vorsitzende stellte darauf ohne jeden Widerspruch fest - selbst der anwesende Genosse Schnell wandte nicht ein -, daß die Wilmersdorfer Genossen sich also durchaus mit den Beschlüssen der Kreisgeneralversammlung einverstanden erklären.

Dies bedeutet eine Verneinung der Beschlüsse früherer Mitgliederversammlungen, die dahin gehen, sich auf den Standpunkt der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zu stellen und mit dem sogenannten alten Kreisvorstand keine Verbindung mehr zu unterhalten.

Aus aller Welt.

Irren ist - irrenärztlich.

Der Oberarzt einer württembergischen Irrenanstalt hatte einer ledigen Handlungsreisenden, die wegen Verleumdung des Ortsbürgermeisters und Ablehnung mehrerer Strafrichter entmündigt worden sollte und auch schließlich entmündigt worden ist, in seinem Ent-

mündigungsgutachten als ungnädig ausgelegt, daß sie in der Schule gewöhnlich auf der letzten Bank als letzte ge- sessen habe. Irrendwer hatte das dem Irrenarzte hinterbracht. Die Handlungsreisende, die in Wirklichkeit eine der besten Schülerinnen war, sah tatsächlich in der Regel als letzte auf der Schulbank. Aber weshalb? Es wurde in der betreffenden Ortschule selten nach Leistungen, meist nach dem Alter oder nach dem Alphabet gelehrt. Die Entmündigte war die zweitälteste der Schülerinnen ihrer Klasse. Sie sah aber auch deshalb auf der letzten Bank, weil ihr Name mit dem Buchstaben - J anfangt.

Aufklärung des Verbrechens bei Hamburg. Am 18. Juni wurde bekanntlich in Bergedorf bei Hamburg die vergrabene Leiche eines Mannes gefunden und in dem Toten später der 29 Jahre alte in Dänemark gebürtige Maler Mortensen festgestellt. Nun ist weiter festgestellt worden, daß sich seit dem Herbst 1915 ein Mann unter diesem Namen in der Provinz Hannover aufgehalten hat, der aber nicht Mortensen, sondern ein vielfach mit Buchstaben vorbestrafter und im Februar 1915 aus einer Irrenanstalt entwichener Mann namens Martin August Franz Gebert aus Freyenstein (Ostpreignitz) ist, der von Beruf erst Maurer und später Knecht war. Gebert hat vermutlich den dänischen Maler an sich gelockt und ihn dann auf der gemeinsamen Wanderschaft ermordet. Die Kriminalpolizei fahndet jetzt nach dem Verdächtigen.

Eine große Feuerbrunst ist in den Kesselfabriken der Chemischen Fabriken bei Worms (Station Wormser Rheinbrücke) ausgebrochen. Obwohl eine Reihe von Feuerwehren aus den umliegenden Städten und auch Militär aufgeboten wurde, konnte der Brand erst nach vierstündiger Tätigkeit eingedämmt werden. Der Schaden ist sehr groß.

Zuerkennung der Bezeichnung 'Frau'. Der Großherzog von Baden ermächtigte, wie aus Karlsruhe berichtet wird, das Justizministerium, ledigen weiblichen Personen die Führung der Bezeichnung 'Frau' zu gestatten, wenn sie einem Kriegsteilnehmer in der ernstlichen Absicht der Verheiratung verlobt waren, die Schließung aber nur wegen des Todes oder der Verschollenheit des Bräutigams unterblieben ist und der Tod oder die Verschollenheit mit dem Kriege zusammenhängen.

Jugendveranstaltungen.

Brick-Buckow. Sonntag, den 13. August, vormittags 9 1/2 Uhr, Vinsid-Allee, Ecke Franz-Körner-Straße: Treffpunkt zur Teilnahme an Massenausflug nach Köpenick. Für Nachzügler daleibt um 11 1/2 Uhr. Dienstag, den 15. August, abends 7 1/2 Uhr: Raddenzusammenkunft im Jugendheim, Rudower Str. 85. Mittwoch, den 16. August: Spielabend im Körner-Waldchen. Freitag, den 18. August: Unterhaltungabend im Jugendheim. Musikinstrumente mitbringen.

Eingegangene Druckschriften.

Arbeiterjugend. Die soeben erschienene Nr. 17 des 8. Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Von der bürgerlichen Jugendbewegung. - Arnulf. Von Jürgen Brand - Schicksal des Armen. Gedicht von Ludwig Jacobowski. - Mein erster Festtag. Von Hermann Drechsler. (Schluß.) - Wahlbanten und ihre Bewohner. Von Arnulf. (Mit Abbildungen.) - Die Willensfreiheit. Von Hans Wandwald. (Schluß.) - Beschränkung der Lehrlingsausbildung in alter Zeit. - Im Meeresturm. Gedicht von R. Wanderjakt. - Aus der Jugendbewegung. - Gustav Ostlein 7. - Zur wirtschaftlichen Lage. - Mondnacht. Gedicht von Josef v. Eichendorff.

Der Verband der Steinischer, Plasterer und Berufsgeoffenen Deutschlands im zweiten Kriegsjahr 1915/16. Herausgegeben vom Generalsekretär, 51 S. Selbstverlag des Verbandes in Berlin.

Das ganze deutsche Volk unter Schlachtruf und Kriegsziel. Zum 1. August 1916 von Prof. Lujo Brentano. 60 Pf. - E. Reinhardt, München.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Warm. Im Binnenlande vielfach heiter und trocken, nur schwache Gewitter. Im Küstengebiet Zunahme der Bewölkung und verebentlich leichte Regenfälle.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 5, IV. 601 rechts, barriere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Sachverhalt und eine Forderung des Verfassers beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsbeurteilung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Billige Fragen trage man an die Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen beizuge in die Sprechstunde mit.

N. W. im Felde 100. Für das Q. R. von 1914 sind folgende Bestimmungen noch nicht erlassen. - S. 6. 81. Ein solcher Anspruch besteht nicht. - Bombe. Anspruch auf Urlaub besteht nicht. Die kriegsamtliche Verlegung ist ganz allgemein gehalten. Die Truppenleitung können Urlaub gewähren, wenn das dienstliche Interesse es gestattet. Ein Urlaubs-gesuch kann nur auf vorgeschriebenem Wege von dem Soldaten selbst bei der Truppe eingereicht werden. - S. 6. 82. Es besteht weder Anspruch auf Urlaub, noch auf Beförderung, noch auf Unteroffiziersbeförderung in diesem Falle. Alles dies ist nur auf dem vorgeschriebenen Dienstwege bei der Truppe selbst durch ein Gesuch zu beantragen. - Vormund 10. In der Rottenanzahl sicher nicht, denn die sind nur für den Offiziersnachwuchs bestimmt. Für die Unteroffiziersunterstufe ist es dagegen möglich. Meldung beim Bezirkskommando. - S. 23. 18 und 3. 2. 100. In den Hamburgischen Landesverein vom Roten Kreuz. Ausschuss für Kriegseingelagerte, Hamburg, Ferdinandstr. 75. - Gratz. Ist uns nicht bekannt. - S. 2. 18. 87. Beim königlichen Provinziallandtagsratium, Markgrafenstraße 10, anfragen, unter Beiliegung einer Bescheinigung des Lebensinhalts und des bisherigen Bildungsganges. - S. 2. 10. 1. Gute Kenntnis sämtlicher Telegraphensysteme und Bedienung derselben. 2. Netzeszenographieren und gute Beherrschung der deutschen Sprache. 3. Das ist sehr verschieden, daß ein Durchschnitt gar nicht anzugeben ist. - S. 201. Darüber unsere Meinung zu äußern, müssen wir ablehnen. - S. 1066. 1. Jurist und solche Adressen nicht bekannt. 2. Sie würden gut tun, einen Kammerjäger zurate zu ziehen. - S. 12. Darüber können Sie sich am besten bei einem Drogerien erlaundigen. - S. R. 1069. Rein. - S. 2. 7. 1. Keine können Sie beim Amtsgericht zu Protokoll geben oder müssen eine Beileidigungsklage unter Angabe des Sachverhalts und der in Betracht kommenden Paragraphen dem Gericht einreichen. 2. und 3. Ja. 4. Schilderung des Sachverhalts und Antrag auf Verurteilung. 5. Ja. 6. Ja, der unterliegende Teil hat die Kosten aber zu ersetzen. 7. Ja. 8. Eine große Anzahl; wir können aber kein einzelnes angeben. - S. R. 8. 1. Die Steuer ist bis zum Tage des Eintritts zu zahlen, die spätere nicht. 2. Die Reichsunterstützung beträgt 15 M. monatlich für die Frau, 7,50 M. für das Kind. Hierzu kommt der Kreis- oder Gemeinbezugsbeitrag. In Berlin beträgt der Gemeinbezugsbeitrag 100 Proz. 3. Reichsunterstützung kann gewährt werden; der Antrag ist an den Bezirksvorsteher zu richten. - S. R. 64. Den Antrag auf Invalidenrente können Sie bei dem Versicherungsamt, Klosterstr. 65-67, stellen. - S. 20. Die Kündigungsklausel bei Mietverträgen richtet sich zunächst nach den mündlich oder schriftlich getroffenen Vereinbarungen. Wenn solche nicht vor, so sind Mietverträge, deren Jährlichkeit zu zahlen ist, bis am 15. jeden Monats zum Schluß desselben Monats zu kündigen. - S. 9. Altersrente würde zum Schwelgerer erhalten, wenn er mindestens 1200 Mark geleistet hätte. Welche Klasse geleistet wird, ist gleichgültig. Um die Ansprüche gegen die Invaliditätsversicherung anzuzeigen zu erhalten, müssen innerhalb zwei Jahren mindestens 30 Mark geleistet werden. - S. 2. 34. 1. und 2. Der Mietvertrag läuft an sich weiter, es würde also nur nach Rangfolge der im Mietvertrag ange-gedragenen Frist gekündigt werden können. - S. 25. 12. Rein. - S. 6. 13 und 7. 2. 41. 1. Ja. 2. Rein. 3. Es genügt ein Schreiben an das Amtsgericht Ihres Wohnortes des Inhalts: Ich beabsichtige aus der Landesliste auszutreten und beantrage hiermit die Aufhebung eines Termins zwecks Aussichts aus der Landesliste. Innerhalb vier bis sechs Wochen nach Eingang dieses Schreibens müßten Sie, auch wenn Sie keine Ladungen erhalten, sich zur Abgabe der Erklärung vor dem Gericht einfinden. - S. 89. 1. Dergleicher, der aber nicht dienstunfähig macht. 2. Arbeitsverwendungsbescheinigung. - S. 2. 74. Die Meldung aus dem Hause hätte für Sie keinen Zweck, da bis zur Aufnahme in die Heilanstalt mindestens ein bis zwei Jahre vergehen würden und die Aufzunehmenden nicht jünger als 20 Jahre und nicht älter als 30 Jahre sein dürfen. Die Meldung hätte zunächst beim Kreisarzt und dann bei der Polizei zu erfolgen. - S. 6. 7. Zur Zahlung der Kosten sind Sie als Vater verpflichtet. Beantragen Sie Kostenzulagen. - S. 13. Ja. - S. 11. 25. Den Antrag würden Sie an das Versicherungsamt zu richten haben. Er hat aber wenig Aussicht auf Erfolg, da Sie nicht erwerbsunfähig im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes sind. - S. 6. 60. Sie würden von Ihrem Mann und Ihren etwaigen Kindern beerbt werden. Ein Vertrag, wie Sie ihn vorhaben, hätte wenig Wert und würde Kosten verursachen. - S. 2. 6. Der Antrag ist an das Polizeipräsidium zu richten. - S. R. 31. Landsturm ohne Waffe, arbeitsverwendungsbescheinigung zu verwenden. - S. 6. 100. Sie müßten mindestens 200 Mark geleistet haben und erwerbsunfähig sein, d. h. weniger als ein Drittel dessen, was ähnliche Arbeiter zu verdienen pflegen, verdienen können. Den Antrag auf Invalidenrente können Sie beim Versicherungsamt, Klosterstr. 65/67, stellen.



Trustfrei

Trustfrei

„Unsere Marine“ - Zigarette

2 1/2 Pfg. einschließlich Kriegsaufschlag

Trotz Steuererhöhung behalten unsere Zigaretten ihre alten anerkannten Qualitäten!

Georg A. Jasmatzi Aktiengesellschaft, Zigarettenfabrik, Dresden-A.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis. Götzitzer Viertel. Bezirk 193 I. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossen, Frau Lulie Ihm Wiener Str. 30, gestorben ist. Ehre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 10. August, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Hermannstr. 44/45, aus statt. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis. 12. Abt. Bez. 732. Am Montag, den 7. August, verstarb unser Genosse, der Abteilungsleiter der 12. Abteilung Oskar Wegner Turmstr. 19. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Apostel-Kirchhofes aus nach dem händlichen Friedhof Wilmersdorfer Str., Ecke Secstr., statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse d. Metallarbeiter V. a. G. Hamburg. Zahlstelle Lichtenberg II. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Kollege Karl Roßmann im 49. Lebensjahre am 6. August verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 10. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofs Friedhofes aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Drechsler u. Berufsgenossen. Ersatzkasse Hamburg. Verwaltungsstelle Berlin A. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied Hermann Preißer am 7. August gestorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobskirchhofes, Hermannstr. 44/45, aus statt. 39/11 Die Ortsverwaltung. Kammer, Otto Friedrich. Universal-Druckerei, Geb. 3 W. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3.

Am Montag, den 7. Aug. 1916, nachmittags 7 1/2 Uhr, entschlief nach langen, schweren Leiden mein inniggeliebter Mann, unser herzensguter Vater Oskar Wegener im Alter von 87 Jahren. 15021 Im Heften Schmerz Margarete Wegener geb. Niemann nebst Kindern und Vater. Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. August 1916, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des Philippus-Apostel-Kirchhofes, Wilmersstr. 44-45, aus statt.

Führer durch das preussische Eintommenfeuergesetz Mit 19 Formularen für Eingaben und Reklamationen, sowie einem ausführlichen Sachregister Preis 10 Pf. Zu haben in allen 22 Fortwärts-Ausgabestellen und in der Buchhandlung Vorwärts Berlin S.W., Lindenstraße 3

Heines Werke 3 Bände 4 Mark Buchhandlung Vorwärts